

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inhaberspreise für die Anzeigen sind im amtlichen Tarif (ausgegeben bei der Zeitung) die Seite 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 194

Sonnabend den 20. August 1921

87. Jahrgang

Auf Blatt 237 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Weißeritztalwerk, Maschinenfabrik und Holzbearbeitungswerkstätten, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Dippoldiswalde I. Sa., ist heute eingetragen worden, daß die Firma künftig lautet: Weißeritztalwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Dippoldiswalde I. Sa. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 17. August 1921.

Oertliches und Sächsisches.

Die Pilzernie ist dieses Jahres vorläufig eine außerordentlich geringe. Nachdem im Früh Sommer die Sammelstätigkeit einen recht lohnenden Erfolg hatte, ist während der über einen Monat währenden Dürre alles Pilzleben wie erloschen. Hoffentlich setzt bald wieder etwas Wärme ein, die nicht nur Kartoffeln und Obst gedulden läßt, sondern auch dem Pilzmycel in der Erde neues Wachstum verleiht, so daß es im Herbst, der eigentlichen Pilzzeit, reichlich fruchten kann.

Die Herbstblumen, Georginen und Astern, weisen infolge der langen Sommerwochen schon jetzt einen reichen Blütenstolz auf und geben den Gärten, deren Laub und Rasen unter der Hundstagsglut gelitten hat, ein freundliches Aussehen. Von der Gestaltung der Witterung im Nachsommer, der in acht Tagen mit dem Schluß der Hundstage beginnt, hängt meist das Herbstwetter ab. Wird der Nachsommer kühl, so kommt auch in der Regel ein früherer Winter. Ist der Nachsommer mild, so stellt sich auch der Winter später ein. Bestimmt verlassen kann man sich freilich darauf ebenso wenig, wie auf das Ergebnis der Entente-Konferenzen.

Reinhardtsgrimma. Der hiesige Turnverein veranstaltet am nächsten Sonntag ein großes Sommerfest, zu dem ein recht ansprechendes umfangreiches Programm zusammengestellt worden ist.

Altenberg. Die beiden Spitzbuben, die in die Eßlersche Scheune eingebrochen waren und dort Diebstähle und Beschädigungen ausgeführt hatten, sind bereits am Montag durch die hiesige Gendarmerie in zwei arbeitslosen Böhmen ermittelt und verhaftet worden. Sie hatten zuvor in einer Scheune hier genächtigt und sich bereits mehrere Tage in der Gegend herumgetrieben und dabei auch Diebstähle ausgeführt, von denen sie noch mehrere Gegenstände mit sich führten. Die bei Eßler gestohlenen Rutschwagenlaternen wollen die Spitzbuben an einen Fuhrmann auf der Straße nach Glashütte verkauft haben.

Dresden. Der Bund deutscher Mietervereine wird vom 3. bis 5. September d. J. hier im Künstlerhaufe seinen 16. Bundesstag abhalten.

Dresden. Der große Gaunerstreich, der am Vormittag des 23. Juni im Großen Ostragehege zur Ausführung kommen sollte, beschäftigte die sechste Ferienstrafkammer des Dresdner Landgerichts. Angeklagt waren der 1890 zu Dresden geborene in Pöschappel wohnhafte Schlosser Paul Jambor und der 1895 zu Niederpefferwitz geborene, daselbst auch wohnhafte Heizer Walter Rudolf Heinrich. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 23. Juni gemeinschaftlich versucht zu haben, mittels eines gemieteten Kraftwagens aus dem Auto der Dresdner Handelsbank mindestens eine Million Mark Bargeld zu stehlen. Der Plan stammt von Jambor, der sich zu dessen Ausführung mit seinem Freund Fröhliche, einen Dresdner Autodroschkenfahrer, und mit Heinrich in Verbindung setzte. Der Plan wurde genau besprochen in allen Einzelheiten, aber von Fröhliche an die Kriminalpolizei verraten. Bei Ausführung der Tat wurde Jambor augenblicklich verhaftet. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme liegt nur verfuhrer, einfacher gemeinschaftlicher Diebstahl vor; das Urteil lautete gegen Jambor und Heinrich auf je 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Der Bruder des Heinrich wurde kürzlich wegen schweren Raubes, verurteilt am Lagerverwalter des Radeberger Konsumvereins, zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Begnadigter Raubmörder! Der 28 Jahre alte Tischler Max Richard Böhler, der am 23. Oktober vergangenen Jahres den Schnittwarenhändler Birke aus Meißen in Flur Scharfenberg vom Rade geschossen und dann beraubt hatte, und der dieshalb vom Schwurgericht Dresden am 9. April zum Tode verurteilt wurde, ist zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden.

In der Konzernbewegung, soweit diese den Bezirk Groß-Dresden umfaßt, erscheinen immer neue Gebilde aller Art, obwohl es an allen Ecken kriselt und kracht. Da der Name „Konzern“ schon längst nicht mehr zieht, und auch die verschiedenen Reizmittel offenbar keine genügende Wirkung mehr auszuüben vermögen, so tauchen eben die gleichen Unternehmungen nur unter anderen und auch neuen Namen auf. Der Kapitalverwertungsgesellschaft, die in zwei Monaten die Einlagen zu verdoppeln verspricht, folgte in-

zwischen die „Sächsische“ Kapitalverwertungsgesellschaft, die ihren Einlegern in zwei Monaten zweihundert Prozent in Aussicht stellt, obgleich es doch da viel einfacher und richtiger sein würde, wenn man da in einen Monat die Verdoppelung versprechen wollte. Als allerneueste Gründung gleicher Art kann man wohl die „Internationale Montan-Gesellschaft, m. b. H.“ bezeichnen, die ursprünglich in Erscheinung getreten ist und eine größere Betriebsanleihe sucht, die eine Jahresdividende von 50 % garantiert, zahlbar in Halbjahrsraten. Laut Protokoll (!) vom 5. August dieses Jahres — so steht es wenigstens in deren Reklame — soll die Betriebsanleihe zur Erwerbung, Erschließung und Verwertung in- und ausländischer Montanobjekte dienen. Jedenfalls sind die Gründer dieser allerneuesten Schöpfung doch etwas vorsichtiger geworden, gleich von Anfang an nicht allzuviel zu versprechen.

Meißen. Die ev.-luth. Männer- und Jünglingsvereine Sächsens halten hier am 3. und 4. September ihr Bundesfest mit Sport- und Schwimmwettkämpfen ab.

Ramenz. Die Stadtverwaltung in Ramenz gibt an dortige Familien Obst zu verbilligten Preisen ab, und zwar erhalten vorläufig Haushaltungen bis zu 3 Köpfen 5 Pfd. und Haushaltungen mit mehr als 3 Köpfen 10 Pfd. Äpfel.

Die Stadtverordneten in Ramenz haben einen weiteren Betrag von 1 Million Mark bewilligt zur Herstellung von Wohnungen unter der Bedingung, daß die Stadtverordneten von Fall zu Fall bei Verwendung der Mittel gehört werden.

Sebitz. Die Stadtverordneten in Sebnitz haben den Rat um Ausarbeitung einer Vorlage ersucht, betreffend die Uebernahme der Beerdigung auf städtische Kosten und Verlegung eines Ortsgefängnisses hierüber sowie Schaffung eines neuen Friedhofes.

Wauzen. Einen nachteiligen Einfluß auf die Fleischereien der sächsischen Grenzorte haben die niedrigen Fleischpreise im angrenzenden Böhmen. Diese sind in eine äußerste Notlage geraten. Zahlreiche Fleischer in den Grenzbezirken haben seit Monaten kein Pfund Fleisch mehr verkauft und sehen ihren wirtschaftlichen Untergang vor Augen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß zurzeit ganze Völkerverwanderungen sächsischer Grenzbewohner nach Böhmen stattfinden, die sich ihre auf Grund des kleinen Grenzverkehrs zugelassenen 2 Pfund Fleisch von dort holen. Aber nicht alle holen nur für ihren Hausbedarf, manche Leute geben an einem Tage 5—10 mal über die Grenze. Sie entwickeln einen schwunghaften Handel mit billigem Fleisch und machen dabei ein gutes Geschäft. In allen Orten jenseits der Grenze haben sich die Fleischer auf ihre „reichsdeutsche“ Kundschaft eingerichtet. Trotzdem in manchen Dörfern dort 4 Fleischer fast ausschließlich sächsische Käufer bedienen, müssen diese doch oft stundenlang warten, so stark ist der Andrang.

Wauzen. Die Amtsblattfrage im Bezirk der Amtshauptmannschaft Wauzen, die zu viel Streitigkeiten Anlaß gegeben hat und seinerzeit, gelegentlich des Kapputzsches, ausgelöst worden ist, ist nunmehr entgültig gelöst. Unter Führung der Sozialdemokraten eröffneten die Linksparteien in den Stadtparlamenten eine scharfe Polemik gegen die bisherigen Amtsblätter, deren Hauptziel der in Bischofswerda erscheinende „Sächsische Erzähler“ war. Die Parteien beantragten bei der Regierung, daß diesem Blatte wie den „Wauzener Nachrichten“ der Amtsblattcharakter entzogen würde. Jetzt hat Ministerpräsident Bück entschieden, daß als Amtsblätter der „Sächsische Erzähler“ in Bischofswerda und das „Wauzener Tageblatt“ Geltung haben. Den „Wauzener Nachrichten“ wird vom 1. Septbr. ab der Amtsblattcharakter genommen. Für Sobland ist zu prüfen, ob die Richtlinien für die „Soblander Nachrichten“ hinsichtlich des Amtsblattcharakters erfüllt sind und diese als Ortsamtsblatt bestellt werden können. Die Sozialdemokraten hatten gehofft, daß zum mindestens ihr Organ, die „Volkszeitung für die Oberlausitz“ ein Kopfblatt der „Dresdner Volkszeitung“, Amtsblatt werde, doch hat der Ministerpräsident mitgeteilt, daß aus Sparsamkeitsgründen nur zwei Blätter gewählt worden sind. Sie sind darüber arg enttäuscht und geben dem in ihrer Presse unzweideutig Ausdruck, die sich in Vorwürfen dem Ministerpräsidenten gegenüber ergeht.

Zittau. Der Rat der Stadt Zittau hat beschloffen, eine neue Vergütungssteuerordnung auf der Grundlage der vom Reich erlassenen Vorschriften aufzustellen.

Großenhain. Die Zahl der unterstufen Erwerbslosen, die im Mai in Großenhain noch 146 betrug, ist bis Ende voriger Woche auf 27 zurückgegangen. In Unterstufungen wurden im Mai wöchentlich rund 11 000 M. ausgezahlt. Jetzt werden etwa nur noch 2000 M. gebraucht.

Pausa. Das Moor- und Mineralbad Linda ist bekanntlich von der Ortskrankenkasse Erfurt zu einem Erholungsheim für ihre Mitglieder umgebaut worden. In den letzten Tagen ist die Anstalt ihrer Bestimmung übergeben worden. Es waren zugegen der Bürgermeister von Erfurt, Vertreter der Ortskrankenkasse Erfurt und der Versicherungsämter von Thüringen, ferner Vertreter der Bergwerkschaft. Das Heim macht äußerlich und innerlich einen sauberen Eindruck. Die Wege und Jänne wurden neu hergerichtet und neues Gartenland geschaffen. Mit Dampfbohrzeug ist ein 35 Meter tiefer Brunnen angelegt, auch sind ein Hochbehälter, eine große Beton-Mälzsterne und viele bauliche Verbesserungen geschaffen worden. Es können etwa 80 Gäste untergebracht werden, 22 sind bereits dort.

Lichtenfels-E. Für eine 58 jährige Dienstzeit bei der freiwilligen Feuerwehr hat die Stadt dem 79 jährigen Vereinsboten Frh. Heller eine lebenslängliche Monatsrente ausgesetzt.

Wohnitz. In den letzten Tagen traf hier und in der Umgebung ein Schwindler auf, der Familien aussuchte und Kohlen den Zentner für 10 Mark anbot. Die Kohlen sollten mittels Kraftwagen eintreffen. Das Geld ließ er sich im Voraus geben. Eine große Anzahl Personen ging auf diesen plumpen Schwindel ein. Sie warten noch heute auf die Kohlen.

Annaberg. Eine Ferienfahrt nach Schweden haben 12 Annaberger Schüler unternommen. Sie wurden drüben überall begeistert und zum größten Teil kostenlos aufgenommen. In Stockholm und Upsala mußten sie wiederholt vor Hunderten von Schweden deutsche Lieder singen. Auf dem schwedischen Ueberfahrtsdampfer verrichteten sie Setzer- und andere Arbeiten.

Rodewisch. In den nächsten Tagen wird hier die weit über den Rahmen ähnlicher Veranstaltungen hinausgehende Gartenbauausstellung eröffnet. Sie wird außer verschiedenen im Vogtlande anbaufähigen Frühobstsorten Erzeugnisse der Blumen- und Gartenbauzucht des Auerbacher Bezirks enthalten. Gleichzeitig werden gärtnerische Bedarfsartikel, Literatur, Luxuspapere usw. anzutreffen und Friedhofskunst zu bewundern sein. Auch eine Pilzansstellung ist vorgesehen.

Plauen i. V. Während der spartanischen Unruhen im Februar d. J. hatte der Soldat Johann Georg Kam aus Ramenz seinen Posten an einem Maschinengewehr auf dem Kasernenhof verlassen und sich auf dem Wege durch das Haupttor nach der Stadt begeben. Spät abends lehrte er in die Kaserne zurück und legte sich schlafen. Der Aufforderung eines Kameraden, seinen Posten zu beziehen, leistete er nicht Folge, und auch als ein Offizierstellvertreter kam, blieb er bei seiner Weigerung. Das hiesige Schöffengericht verurteilte ihn am 11. Mai, weil die Kaserne bedroht war, wegen Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde im Sinne des § 95 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuchs zu einem Monat Gefängnis. Die dritte Ferienstrafkammer verurteilte ihn jetzt auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wegen schweren Ungehorsams gemäß § 95 Abs. 1 des Militärstrafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefängnis. Die Strafkammer erachtete Ungehorsam vor dem Feinde nicht für vorliegend.

Plauen i. V. Einen Ueberfall auf einen Gefängnisbeamten führte ein gefährlicher Verbrecher aus, der sich wegen schweren Einbruchs hier in Untersuchungshaft befindet. Es war ihm gelungen, von seiner Bestelle einen Eisenstab loszuwickeln, den er unter dem Rode verborgen hielt. Am Nachmittag gegen 5 Uhr griff er damit in einem Korridor des Gerichtsgebäudes den Oberwachtmeister an, der ihn vorgeführt hatte, und führte mehrere Schläge nach dem Kopf des 63 jährigen Beamten, so daß dieser ohnmächtig niederstürzte. Da andere Gerichtsbeamte in der Nähe waren, gelang es, den Verbrecher zu packen, ehe es ihm gelang, zu entfliehen. Daß der Fluchtversuch schon seit langem vorbereitet war, ging daraus hervor, daß es der Einbrecher verstanden hatte, sich in den Besitz einer Zivilmütze zu setzen.

Volksbibliothek Dippoldiswalde
ist geöffnet Montag, Mittwoch und Freitag von 7—8 Uhr.

Die Besatzungskosten.

Der Verlauf der Pariser Konferenz des Obersten Rates hat ergeben, daß man sich nachgerade auch im Verhandlungsstadium befindet, daß es mit der bisherigen Höhe der von Deutschland zu zahlenden Besatzungskosten nicht so weitergehen kann. Man scheint allmählich einzusehen, daß man dem Deutschen Reich zu den ungeheuren Entschädigungssummen nicht auch noch Besatzungskosten auferlegen kann, die über jedes erträgliche Maß hinausgehen und von einer sehr verschwenkerischen Wirtschaft der militärischen Behörden beugen.

Es gibt natürlich zwei Wege, um diese Kosten herabzudrücken: Verminderung der Besatzung und Herabsetzung der Kosten bei unverminderter Besatzung, also sparsamere Wirtschaftsführung. Nach dem Verlauf der Pariser Verhandlung wird man an eine Verminderung der Kopfzahl wohl kaum denken können, haben doch gerade die Franzosen in der letzten Zeit ihre Truppen noch stark vermehrt und zwischen die alliierten Truppen der anderen Nationen eingeschoben. Frankreich will am Rhein eine übergroße Kopfzahl aus politischen Gründen haben, so wenig sie auch nach der friedlichen Stimmung der Bevölkerung berechtigt ist.

Vielmehr aber ließe sich ohne Zweifel erreichen durch eine Herabminderung der Kosten durch sparsame Wirtschaftsführung. Ob noch dem Rheinland gerade die Offiziere und Soldaten mit stärkstem Familienanhang geschickt werden müssen, ist doch sehr die Frage. Wird einerseits die Wohnungsnot dadurch ins Unerträgliche gesteigert, so wird andererseits das Reich dadurch zu kostspieligen Wohnungsbauten gezwungen, die Hunderte von Millionen verschlingen. Dazu kommen dann noch die vielen Kaserne- und Barackenbauten, das Umarbeiten von Kasernen, das Wiederinstandsetzen von Kasernen usw., die durch den ewigen Wechsel in der Garnisonierung, durch alle die Pflichten notwendig werden, mit denen die militärischen Behörden vorzugehen müssen. Heute werden an einem Ort hunderte von Baracken gebaut, werden Exerzier- und Reitplätze hergerichtet, und morgen braucht man sie hier nicht mehr und verlangt sie anderwärts. Hörte das auf, ließe man sich auf Beratungen, auf ein Unterhandeln ein, so wäre schon vieles zu sparen. Desgleichen muß man sich doch fragen, ob das Besatzungsmilitär denn alle diese zahllosen, kaum besuchten Theater, Klubs, Kinos und was es alles ist, braucht? Es ginge schließlich doch auch anders, weil es im eigenen Lande anders geht. Wozu alle diese überflüssigen Missionen und Verbindungsstellen, wozu alle diese zahllosen beschlagnahmten Häuser, die nur zum kleinen Teil ausgenutzt werden, nur weil man ein paar Büros, ein paar Unterkunftszimmer braucht. Man lege einmal zusammen, und man wird sehen, wie viel sich sparen läßt. Wenn man planlos wie bisher nur aus dem Vollen darauf los beschlagnahmt, wird kaum allzu viel zu sparen sein. Wozu sind alle die zahllosen Kraftwagen, die Rheinstromer und Rheinboote notwendig, die arbeitslos am Ufer herumliegen? Auch hier könnte gespart werden, und gespart werden könnte vor allem, wenn das Militär in der Marktwirtschaft des Landes, in dem es ist, und nicht in der hochwertigen Saluta des Herkunftslandes besoldet würde. Das führt dann naturgemäß zu der Verschwendungssucht, die so verteuert auf das ganze Leben am Rhein abgefärbt hat. Also, sparen ließe sich schon, nur muß man sich gründlich vorgehen und einmal mit den deutschen Behörden darüber verhandeln, wie gespart werden kann. Wenn man weiterhin deutsche Beamte, die Sparmaßnahmen vorschlagen, oder dieses oder jenes nicht glauben durchzuführen zu können, vor ein Kriegsgericht stellt und zu Gefängnis verurteilt, wird man nicht allzu weit kommen mit den Sparmaßnahmenswünschen. Khananon.

Hege gegen Lloyd George.

Bedingte Anerkennung des Völkerbundes.

Die Erklärung Lloyd Georges über Oberschlesien hat in Paris wie eine Bombe gewirkt. Aufschauend stellt die französische Presse fest, daß der englische Premierminister in aller Öffentlichkeit die Zuteilung des Industriezentrums an Deutschland verlangt und mit größter Bestimmtheit der französischen Behauptung entgegentritt, daß Frankreich seiner Sicherheit wegen ein polnisches Oberschlesien haben müsse. Die gesamte Boulevardpresse richtet die heftigsten Angriffe gegen den „Verbündeten“ und schlägt dabei einen überaus gehässigen und ironischen Ton an, der den tiefen Gegensatz zwischen der französischen und englischen Auffassung in der ober-schlesischen Frage wieder einmal offen zu Tage treten läßt. Gleichzeitig hält der französische Ministerpräsident Briand sich verpflichtet, in einer öffentlichen Erklärung Pressevertretern gegenüber auf Lloyd Georges Unterhandlung zu erwidern. Er befehligt sich hier allerdings eines maßvolleren Tones als die nationalistiche Presse, doch tritt auch hier die gegensätzliche Auffassung klar hervor.

Zunächst erklärt Briand, er fühle keine Neigung, die „Streitereien des Obersten Rates“ noch fortzusetzen, sie hätten ohnehin lange genug gedauert. Uebrigens sei der ganze Streitfall dem Völkerbundsrat, zu dem er volles Vertrauen habe, zur Erteilung eines Gutachtens unterbreitet worden.

Zu der Rede Lloyd Georges bemerkte Briand, es sei ein großer Irrtum von Lloyd George, Frankreichs Haltung einzig und allein der Sorge um Frankreichs Sicherheit zuschreiben. Er sei so gut wie Lloyd George ein früherer Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit (!) und der Durchführung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur in der Art und Weise, wie Artikel 88 aufgefaßt werde, und vor allem in dem Geist, in dem die Volksabstimmung entschieden worden sei. Das Gutachten des Völkerbundes wird, so sagte Briand, unsere Meinungsverschiedenheit in dieser Frage beilegen.

Briand erläuterte sodann nochmals eingehend den französischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage sowie den Gang der Verhandlungen, um eine Verständigung zwischen dem französischen und dem eng-

lischen Standpunkt zu erzielen, was sich aber als unmöglich erwiesen habe, und schloß, die ober-schlesische Frage habe eine vorübergehende Streitigkeit hervorgerufen, wenn diese aber einmal geregelt sei — und das werde nicht lange dauern — so wolle er hoffen, daß trotz alledem für die Völker der Entente die Notwendigkeit bestünde, ihre engste Einigkeit zu wahren, um Europa das Gleichgewicht und die Beständigkeit zu sichern, die für den Frieden der Welt unentbehrlich seien.

Briands Auffassung erscheint reichlich optimistisch. Vorläufig ist weder England noch Frankreich eine bindende Verpflichtung eingegangen, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzuerkennen. Es steht vielmehr zu befürchten, daß eine der beiden Mächte, in ihren Erwartungen getäuscht, sich weigern wird, die Schlussfolgerungen der Schiedsrichter anzunehmen. Inzwischen wird von französischer Seite bereits versucht, die Entscheidung des Völkerbundsrates von vornherein illusorisch zu machen. Der Pariser „Temps“ verlangt in einem offenbar inspirierten Artikel eine klammige Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien, um damit das ganze Verfahren illusorisch zu machen. Man hat den Eindruck, daß Frankreich schon jetzt zu verstehen geben will, daß Frankreich oder, was dasselbe ist, Polen den Spruch des Völkerbundsrates nur dann anerkennen werden, falls er den französischen Wünschen entspricht. Zum mindesten soll mit diesen offiziellen Andeutungen ein Druck auf die Entscheidung des Völkerbundsrates ausgeübt werden.

Demgegenüber liegt eine Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Bonomi vor, wonach der Oberste Rat bereit sei, die vom Völkerbundsrat festgesetzten Grenzen anzunehmen, auch wenn das Urteil des Völkerbundsrates nur durch eine Mehrheit und nicht durch Einstimmigkeit zustande komme.

Die Situation ist also wieder höchst verwickelt. Nach Paris soll der Rat in Genf gegen den 25. August aufgenommen werden. Ob bis dahin die Schwierigkeiten der Entscheidung beseitigt sind, ist fraglich. Im Interesse Oberschlesiens wäre zu wünschen, daß beim Völkerbundsrat die wünschenswerte, letzte und endgültige Entscheidung läge.

Friede in Oberschlesien?

Ueberprüfung der nationalen Gegensätze.

Die in der Vorkonferenz vom 12. August vereinbarte Vollversammlung der beteiligten Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften hat am 16. August in Katowitz stattgefunden. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Dr. Lufschel, leitete die Versammlung, deren Zweck die Besprechung von Maßnahmen war, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die beteiligten Vertreter beider Nationalitäten getrennte Aufrufe an die ober-schlesische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und in den polnischen Zeitungen des Landes erscheinen werden. Die Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Ueberbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der ober-schlesischen Frage sowie gegen alle Gewalttätigkeiten und Bedrohungen Andersdenkender erklären und die Bildung paritätischer, aus Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzter Ausschüsse anfordern, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen. Es wurde ferner vereinbart, daß alle Ausschreitungen, die von irgend einer Seite vorkommen, nachgeprüft werden sollen.

Es fragt sich jetzt nur, ob die Polen diese Vereinbarungen einhalten werden. Ihr bisheriges Verhalten berechtigt leider zu Befürchtungen, daß es ihnen mit der „friedlichen Zusammenarbeit“ keineswegs ernst sein wird.

Der Aufruf zur Versöhnung.

In dem Aufruf, den die deutschen Parteien und Gewerkschaften auf Grund der in der gemeinsamen Sitzung der polnischen und deutschen Vertreter getroffenen Abmachungen erlassen haben, heißt es u. a.:

„Wir erklären feierlich, daß wir gegen jede gewaltsame Lösung der ober-schlesischen Frage sind. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften wollen mit den polnischen Parteien und Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrt der Bewohner Oberschlesiens und im Interesse der Menschlichkeit die nationalen Gegensätze in friedlicher und gerechter Arbeit überbrücken. Wir achten das nationale Empfinden und die politischen und wirtschaftlichen Anschauungen eines jeden. Aus der Achtung heraus verurteilen wir vorbehaltlos jede Gewalttätigkeit gegen Andersdenkende, jede Bedrohung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums. Wir wollen durch paritätische, von Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzte Ausschüsse im Einvernehmen mit allen Stellen, welche uns Ihre Hilfe leisten, dafür sorgen, daß jeder seinem Beruf nachgehen und seinen Wohnsitz nach Belieben nehmen kann. In ehrlicher und aufrichtiger Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Friedens bitten wir die gesamte Bevölkerung um ihre Unterstützung. Der Geist der Versöhnlichkeit soll auch nach der Entscheidung herrschen.“

Die polnischen Parteien und Gewerkschaften haben erklärt, einen Aufruf gleichen Sinnes zu erlassen.

Englische und italienische Verhärterungen für Oberschlesien.

„Morning Post“ zufolge verlautet, daß die britische Regierung bereit sei, zwei weitere Bataillone zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Grenzregelung nach Oberschlesien zu entsenden, wenn Frankreich und Italien eine gleiche Anzahl von Truppen schicken. — Ein Telegramm aus Rom an ein französisches Nachrichtenbüro meldet, daß zwei italienische Bataillone als Verstärkungen nach Oberschlesien bereits abgegangen sind. — Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

England und Leipzig.

Ein ehrliches Urteil.

Bei der Unterhausdebatte über die Leipziger Kriegsbeschädigtenprozedur brachte der englische Generalstaatsanwalt zum Ausdruck, daß die Regierung mit dem Ergebnis der Leipziger Verhandlungen durchaus zufrieden sei.

Nach einer Uebersetzung sagte Sir Ernest Pollock, er sehe sich gezwungen, zu erklären, daß die Art und Weise, wie der Präsident des Reichsgerichts die Prozesse geführt habe, sicherlich den aufrichtigen Wunsch zeige, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Neben die französischen und belgischen Fälle sei er nicht unterrichtet, es würde aber unfair von ihm sein, nicht zu sagen, daß nach seinem Eindruck der Leipziger Gerichtshof entschlossen war, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wie die Urteile aus lauten mochten, die Aufrichtigkeit des Gerichts scheint über jeden Zweifel erhaben. Die Urteile seien auf Grund des deutschen Gesetzes gefällt und entsprechen den Anforderungen der Gerechtigkeit. Es sei auf jeden Fall das erste Mal in der Weltgeschichte, daß ein besiegtes Volk gezwungen sei, seine Kriegsverbrechen zu bestrafen.

Der Generalstaatsanwalt gab ferner eine kurze Uebersicht über die Beschlässe des Obersten Rates, der die Leipziger Urteile einer interalliierten Kommission von juristischen Sachverständigen vorlegen will.

Diese sachliche, durch keinerlei Haß und Rachsucht getriebene Beurteilung der Leipziger Rechtsprechung steht in wohlthuendem Gegensatz zu den unwürdigen Beschimpfungen, die sich die französische und belgische Presse tagtäglich gegen die deutschen Richter leistet. Hoffentlich kommt die englische Auffassung über die Rechtsprechungsurteile auch bei den Beratungen der juristischen Sachverständigenkommission der Alliierten gebührend zum Ausdruck.

Politische Rundschau.

— Berlin, 19. August 1921.

— Von zuständiger Seite werden die Gerüchte, daß in Oberschlesien Hunger- und Colerakontakten ausgedröhnt seien, als unzutreffend bezeichnet.

Die Parteiführer beim Reichstangler. Die außenpolitische Lage und ihre innerpolitischen Auswirkungen ist noch immer Gegenstand eingehender Beratungen in Berlin. Die ursprünglich in Aussicht genommene Sitzung des Kabinetts hat nicht stattgefunden. Dagegen hatte der Reichstangler längere Besprechungen mit einzelnen Parteiführern. Insbesondere mit den Führern der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen Sozialdemokraten beriet Dr. Wirth über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage.

Die Ententebotschafter bei Dr. Rosen. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ haben der englische Botschafter Lord d'Albany, der italienische Botschafter Grassati und der französische Geschäftsträger Graf de St. Quentin sich einzeln zu Dr. Rosen ins Auswärtige Amt begeben, um im Namen ihrer Regierungen die Forderungen der am 13. ds. Mts. überreichten Oberschlesien-Note zu unterstützen. Der Schritt der Botschafter betreffe insbesondere die Maßnahmen, die das Kabinett Wirth treffen soll, um zu verhindern, daß deutsche Streitkräfte von Deutschland in das ober-schlesische Abstimmungsgebiet übertreten. — Wie von maßgebender Seite dazu mitgeteilt wird, hat dieser Schritt nur rein formale Bedeutung. Durch den Aufruf der Reichsregierung an die Oberschlesier sei die Forderung der Entente bereits sachlich erledigt.

Deutschland und Amerika. Die von einem Berliner Blatt verbreitete Meldung von einem Stillstand der deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen trifft nicht zu. So weit bekannt, ist seitens der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Forderung über Abgabe eines deutschen Schuldbeitrages nicht erhoben worden.

Die Aufhebung der Sanktionen im Rheinland. Die Befürchtungen, daß die Bedingungen für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen den bisherigen Entwürfen einen neuen Weg öffnen könnten, erscheint unbegründet. Auf Grund von Erklärungen an autoritativer Stelle ist festzustellen, daß die Kommission für die Prüfung der deutschen Zollpolitik noch englischer Ansicht dazu berufen ist, die Ausführung der Art. 264—267 des Friedensvertrages zu überwachen. Die Kommission wird Vertreter Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens enthalten und deutsche Vertreter konsultativ hinzuzuziehen. Der Sitz wird wahrscheinlich London sein. Bisher war die Tätigkeit dieser neuen Kommission eine Teilarbeit der Rheinlandkommission. Die englische Regierung erwartet davon keinerlei Anzueckelungen für Deutschland.

Landwirtschaft und Steuerpläne. Der Reichslandbund hat in einer Entschliessung zu den neuen Steuerplänen der Reichsregierung Stellung genommen. In der Erklärung wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß „jeder Versuch, einen in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen Goldwert zur Grundlage von Steuerberechnungen zu machen, unbedingt abzulehnen ist“. Der unterhältliche Sozialversicherungsbeitrag, die sog. „Erfassung der Goldwerte“ im Wege der Eintragung einer Zwangsgrundschuld zugunsten des Reiches könne überhaupt nicht ernsthaft zur Erörterung gestellt werden, da nur die sofortige Veräußerung dieser Besitztümer an das Ausland dem Reiche flüssige Geldmittel verschaffen könnte. Ebenso sei der verschiebte Versuch, statt des Begriffes „Goldwert“ den Begriff eines lediglich der Geldwertverwertung angepaßten „Sachwertes“ einzusetzen, abzulehnen. Die deutsche Landwirtschaft ist, so heißt es in der Entschliessung, selbstverständlich bereit, ihren Teil an der neuen Gesamtbelastung unseres Volkes in vollem Maße zu tragen. Das kann aber nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit geschehen. Weder die Substanz des Betriebvermögens immer weiter vermindert, so leidenschaftlich darunter nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte Wirtschaft des deutschen Volkes und aller seiner Erwerbsstände.

Die neuen Sätze der Invalidenversicherung. Am 1. Oktober 1921 tritt die vom Reichstag beschlossene Neuordnung der Invalidenversicherung in Kraft. Durch diese Neuordnung werden die bisherigen fünf Lohnklassen durch acht neue ersetzt, die sich folgendermaßen staffeln: Klasse A Arbeitnehmer mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 1000 Mark; Klasse B bis zu 3000 Mark; C 5000 Mark; D 7000 Mark; E 9000 Mark; F 12 000 Mark; G 15 000 Mark und Klasse H über 15 000 Mark. Die von dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragenden wöchentlichen Beiträge betragen in Klasse A 3,50 Mark, B 4,50, C 5,50, D 6,50, E 7,50, F 9,—, G 10,50 und Klasse H 12,— Mark.

Rundschau im Auslande.

Der ständige Internationale Gerichtshof ist nunmehr gestiftet. Spanien und Haiti haben die bevorstehende Ratifikation des Protokolls telegraphisch angekündigt. Damit ist die notwendige Zahl von 24 Staaten erreicht.

Die polnische Regierung hat die Einladung Symans, behufs Wiederaufnahme der polnisch-litauischen Verhandlungen einen Delegierten zu entsenden, angenommen.

Die Regierung von Estland hat ihr Ersuchen um Aufnahme zum Völkerbund, das sie schon im vorigen Jahre gestellt hatte, erneuert.

Der Pariser Vorkongress hat die jugoslawische Regierung aufgefordert, die besetzten Teile Ungarns sofort zu räumen.

Unter den Londoner Arbeitslosen werden für die spanische Region zum Kampfe gegen die Mauten in Marokko Truppen angeworben.

Am Einweihungsparlament erklärte de Salera die empfindlichen Bedingungen für unannehmbar.

Die serbische Nationalversammlung wurde auf den 26. August zusammenberufen, um die Eidesleistung des neuen Königs Alexander entgegenzunehmen.

Nach einer Habasmeldung aus Athen haben die Kommissen die Halbinsel Isthm gedreht.

In Nordamerika ist die Zahl der Arbeitslosen auf 5 735 000 angewachsen.

Polen: Zusammenstoß der Deutschen.

Im Warschauer Parlamentsgebäude fand eine Konferenz der Delegierten der deutschen Organisationen aller Teillebiete Polens statt, der 36 Delegierte beiwohnten. Das Thema der Beratungen war die Organisation der Deutschen in Polen. Während der Verhandlungen einigte man sich, mit Zustimmung aller Deutschen in Polen, dahin zu streben, die Vertretung der Deutschen, die verfassungsmäßig den Deutschen zugestanden worden sind, zu organisieren. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame oberste Leitung unter der Bezeichnung „Hauptverband der deutschen Organisationen in Polen“ ins Leben zu rufen. Am 11. und 12. September wird wahrscheinlich in Lodz eine allgemeine Konferenz der Delegierten aller Staatsbürger Polens deutscher Nationalität stattfinden.

Polen: Bedrohliche Cholera- und Scharlachgefahr.

Zimmer neue Nachrichten treffen von der polnischen Grenze ein, die zum größten Teile von Grenzüberreitungen harter Flüchtlinge nach dem hiesigen Reichsland zu melden wissen. Weder die Grenzposten, noch die sanitären Maßnahmen genügen, um den notwendigen Grenzschutz aufrecht zu erhalten. Nachdem nunmehr einige dieser Fälle asiatischer Cholera festgestellt sind, fordert die Lage von der Regierung energische Maßnahmen zur Schließung der Grenze. Diese Forderung wird durch den Hinweis unterstützt, daß nicht den Flüchtlingen und Seuchen ungehindert auch hochentwickelte Völker ins Land dringen. Es ist bezeichnend für die Jurid vor letzteren, daß in einem Teil der Warschauer Presse die hiesige Erregung der Bevölkerung im ehemaligen preussischen Teilgebiet auf hochschwellige die Agenten zurückgeführt wird. Bei die en Unruhen handelt es sich in Wirklichkeit um das Anzeichen einer gewaltigen Teuerungswelle infolge des nunmehr eingeführten Freihandels, der automatisch zu einem Preisausgleich mit Kongress-Polen geführt hat. In Polen wie in einer Reihe Provinzorten haben große Demonstrationen gegen die unzulässige Aufhebung der Sonderstellung des früheren preussischen Teilgebietes stattgefunden. In Wätern vertrieben Parteien, die jeder Autonomie für Polen entgegenstehen, wird neuerdings sogar versucht, deutsches Volk für die Unruhen verantwortlich zu machen und die deutsche Bevölkerung des Teilgebietes als Urheber der Demonstrationenbewegung hinzustellen.

Frankreich: Irland geht nach Washington.

Der französische Ministerpräsident hat den amerikanischen Vorkongress empfangen und ihm offiziell die Antwort der französischen Regierung auf die Einladung zur Konferenz von Washington übergeben. Die französische Regierung teilt in der Antwort mit, daß sie die Einladung angenommen hat und daß Irland persönlich nach Washington reisen wird.

Schweden: Interparlamentarische Konferenz in Stockholm.

Die interparlamentarische Konferenz in Stockholm ist in Abwesenheit der Franzosen und Belgier eröffnet worden. Beide Gruppen haben es bekanntlich abgelehnt, sich mit deutschen Delegierten an den Verhandlungen zu beteiligen, solange Deutschland nicht die Schuld am Kriege offen bekannt habe. Der deutsche Delegierte, Prof. Schäfer, beschränkt in einer Unterredung die in der holländischen Presse geäußerte Anregung, durch ein Bekenntnis der deutschen Schuld am Kriege die Franzosen und Belgier wieder zu gewinnen. Er bezeichnete die Erfüllung dieser Anregung als unmöglich.

Soziales.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter. In Ben Ne fand eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Bergbauorganisationen statt, in der einstimmig beschlossen wurde, für alle Bergbauere und Bergbauarten in eine Lohnbewegung einzutreten, da die in letzter Zeit eingetretene allgemeine Teuerung und die Erhöhung der Brotpreise ab 15. August ziemlich erheblich seien. Es fanden bereits Verhandlungen mit dem Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium statt.

Kriegsdienstleistungen in der Angestelltenversicherung.

Für die Kriegsdienstleistungen hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bisher etwa 127 000 Versicherter rund 52 Millionen Mark gutgeschrieben ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchten. Auf einen Angestellten entfallen durchschnittlich etwa 408 Mark. Es ist anzunehmen, daß viele die Anrechnung noch nicht beantragt haben. Einen Vordruck

dafür enthalten die an die Arbeitgeber versandten Vordrucke für die Anträge auf Ueberführung einer Kontoauszug.

Die Hilfe für Rußland. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund veröffentlichten einen Aufruf, der alle Arbeiter und Angestellten Deutschlands auffordert, unverzüglich mit den Sammlungen für das russische und georgische Volk zu beginnen und nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Aus Stadt und Land.

Bäderwoche für das Oberschlesier-Hilfswerk im Juli und August. Der Gedanke des Oberschlesier-Hilfswerks, im Juli in allen Bade- und Kurorten besondere Opfertage für die notleidenden Oberschlesier zu veranstalten, hat sich nach den bisher vorliegenden Ergebnissen als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Verwaltungen und Badegäste in allen Kurorten an der Nord- und Ostsee, in den Gebirgen und in ganz Mitteldeutschland haben mit weitestehender Hilfsbereitschaft zusammen gearbeitet und einen Erfolg geschaffen, der über alles Erwarten hinausgeht. So gingen z. B. nach einer letzten Meldung in

Lothum	45 952,— M.
Hardebeck	38 000,—
St. Marien	51 000,—
St. Marien	11 000,—
Rothenburg	22 000,—
Hilgenrode	10 500,—
Waldberg	15 982,50

ein. Am erfolgreichsten sind die Resultate aus den kleineren Bädern mit entsprechend geringerer Besucherzahl zu nennen. Diese Ergebnisse stehen in erfreulichem Gegensatz zu den in einigen Bädern erzielten Ergebnissen, die ja in den Tageszeitungen genügend gebrandmarkt wurden. Da im Monat August der größte Teil des Publikums gewechselt hat, veranstaltet das Oberschlesier-Hilfswerk mit Genehmigung aller zuständigen Behörden in der Zeit vom 14.—21. August nochmals eine Bäderwoche.

Die schwarzen Bekleidungen im Rheinland. In Diez a. Rh. wurde eine Polizeipatrouille plötzlich auf Hilfeleistung einer weiblichen Person aufmerksam und konnte feststellen, daß ein farbiger französischer Soldat ein Mädchen überfallen und zu Boden geworfen hatte und eben dabei war, es zu vergewaltigen. Bei dem Erscheinen der Polizeibeamten ergriff der Soldat die Flucht, konnte jedoch festgenommen werden und griff darauf mit blanker Waffe die deutschen Polizeibeamten an; er wurde jedoch niedergeschlagen und dann der französischen Behörde übergeben, die die Weiterverfolgung der Angelegenheit in die Hand genommen hat. Es ist dies bereits der fünfte unflätliche Angriff, der durch farbige französische Soldaten auf Mädchen in Diez verübt wurde.

Der weiße Tod. Die drei Berliner Touristen Otto Helling, Hans Pabst, Dr. Hans Willand und Fräulein Anna Schmidt aus Wornitz sind bei einer Tour in einen großen Schneesturm geraten und verunglückt. Die Bergung der Leichen konnte bisher noch nicht vorgenommen werden. Ein anderer reichdeutscher Tourist ist bei einer anderen Tour 30 Meter tief abgestürzt und schwer verletzt geblieben.

Tausend Häuser niedergebrannt. Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel zerstörte eine Feuersbrunst mehr als tausend Häuser in Stutari. Militärische Truppen griffen zur Bekämpfung des Feuers ein, auch mußten sie wiederholt von der Waffe Gebrauch machen, um Plünderungen zu verhindern.

Mord und Selbstmord. Ein Liebesdrama spielte sich in Niederzehren ab. Dort hat der 22-jährige frühere Postauswärtiger von einer Armeeschule keine 20-jährige Braut Elisabeth Wendt durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Darauf nahm er sich selber auf die gleiche Weise das Leben. Ueber die Beweggründe der Tat ist noch nichts Näheres bekannt.

Eine gestörte Kaiser Karneval in Graz. Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers Karl hatten sich in Graz etwa 300 Mitglieder des Reichsbundes der Deutscher in einem Gasthaus versammelt. Arbeiter sprengten die Versammlung, wobei es zu Raufhändeln kam. Ein früherer Offizier gab einen Schuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Schließlich wurde die Polizei gerufen. Der Monarchistenführer Hauptmann Niedl wurde in Schutzhaft genommen. Die Arbeiterpartei ist sehr erregt. Ein hartes Polizeiaufgebot patrouilliert die Stadt.

Warschau ohne Wasser. Der Streik in den Metallfabriken Warschaws hat eine Verschärfung erfahren. Er umfaßt alle Betriebe, so daß rund 13 000 Arbeiter ausständig sind. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind bisher ebenso ergebnislos verlaufen, wie im Hüttenrevier. Weiter haben sämtliche Arbeiter der städtischen Wasser- und Kanalisationswerke die Arbeit niedergelegt. Da die Technische Hilfe nicht eingesetzt wurde, wahrscheinlich weil die Organisation nicht fertig war, war die ganze Stadt ohne Wasser. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen wird. Der Anlaß zum Streik ist in der infolge Mangel von Bargeld in den Kassen der Stadt herbeigeführten Unmöglichkeit, die Löhne in vollem Umfange auszahlen zu können, zu suchen.

68 Reisende getötet. Wie eine Nachrichtenagentur aus Helsingfors meldet, ist ein Personenzug, der auch Benzol transportierte, bei Aaga in die Luft geflogen. Von 82 Reisenden wurden 68 getötet. Ein anderes Zugunglück wird aus Madrid gemeldet. In der Nähe der Stadt ist ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengestoßen. Vier Personen wurden getötet, mehrere schwer verletzt.

Kleine Nachrichten.

Die Gattin des früheren Reichsanwalts Lehndorff ist in Freiburg nach längerem Verden gestorben.

Der Magistrat Berlins hat für die hungernden Russen 100 000 Mark bewilligt.

Bei Erzbach im Distrikt ist ein großes geschlossenes Marmorfeld entdeckt worden. Nach Ansicht der Sachverständigen ist es ein ausgezeichneter Material und ein guter Ersatz für ausländischen Marmor.

Unfähigkeit der ostpreussischen Kammerbergwerke hat die meiblanische Fakultät der Königsberger Universität dem General Ludendorff den Doktorgrad verliehen.

Kommerzienrat Dr. Hans, der seit Jahren an der Spitze der Weisfirma Heinrich Hans, Mannheim, stand, ist nach langer Krankheit gestorben.

Es wird gemeldet, daß in Akerbeldschan die Cholera und Hunger wüten. Die Anzahl der Toten betrug täglich 600 bis 1000.

In der Aker Textilindustrie (Frankreich) ist der Generalstreik proklamiert. Von 82 000 Arbeitern sind 54 000 der Parole ergangen.

Bei einem Bräutigamssturz in Spanien bei Paredes Abad sind sechs Tote und 4 Verwundete zu beklagen.

In Chicago wurde der bekannte Millionär und Präsident der Weis-Hendrich Co., Chicago, Edward Weis, von Straßenträubern erschossen, als er seinen Widerstand leistete.

Gerichtssaal.

Ablösung der Freiheitsstrafen. Eine Vorlage zur Einschränkung kurzer Freiheitsstrafen durch Ablösung von Geldstrafen und Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafen liegt dem Reichsrat vor. Sie will kurze Freiheitsstrafen mit Geldstrafen (pro Tag 150 Mark) abtun und auch sonst die vermehrte Anwendung von Geldstrafen ermöglichen.

Bewahrt das Feuer und das Licht! Vor dem Jugendgericht des Berliner Landgerichts III kamen gefährliche Jugendfreizeite zur Sprache. Einmal war ein 15-jähriger Kutscher, der auf einem Gute in der Mark beschäftigt war, wegen vorfälliger Brandstiftung angeklagt. Mit mehreren Schülern hatte der junge Kutscher einen Spaziergang über die Wiesen gemacht und warf dort ein brennendes Streichholz beim Anzünden einer Zigarette fort. Als dadurch die angrenzende Wiese in Brand geriet, wollten die Begleiteten des 15-jährigen das Feuer austreten. Das verbot ihnen der Angeklagte mit den Worten: „Laßt es doch ein bißchen brennen!“ Das Feuer sprang schließlich auf den angrenzenden Wald über. Nur mit Mühe konnte der Förster einen größeren Waldbrand vermeiden. Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Das Gericht nahm jedoch nur fahrlässige Brandstiftung an und erkannte auf einen Verweis. In einer zweiten Sache hatte sich ein 15-jähriger Gärtnereigenen ebenfalls wegen vorfälliger Brandstiftung zu verantworten. Der jugendliche Brandstifter hatte in einem Anfall von Phantasie einen großen Haufen Heu angezündet. Die Folge war, daß ein größeres Wiesenareal in Flammen aufging. Das Gericht sah eine vorfällige Brandstiftung an und erkannte auf drei Tage Gefängnis.

Volkswirtschaft.

160 Millionen neues Kleingeld. Zur weiteren Schaffung kleiner Münzen fordert die Regierung vom Reichsrat die weitere Prägung von 160 Millionen Mark in kleiner Münze. Es sollen geprägt werden 100 Millionen Mark Fünfsigpfennig, 40 Millionen Mark Zehnpfennig, 20 Millionen Mark Fünfzigpfennig. Auch die Prägung von Einmarkstücken wird noch immer erwogen, bisher ist aber noch keine Entscheidung gefallen.

Die Verkehrsfrage im Ruhrgebiet. Die Betriebslage im Ruhrrevier war im allgemeinen befriedigend. Die ungünstigen Wirkungen, die der niedrige Reineinkommenstand, die Sanktionen, die Abgabe von Benzinwagen, die erhöhte Abfuhr von Reparationsstoffen nach Italien und die Lage in Ober-Schlesien auf den Wagenmarkt ausübten, haben eher eine Verhärtung als Milderung erfahren. Die Ausfälle an Wagen für Brennstoffe sowie für andere Güter haben sich daher erhöht, trotzdem die Eisenbahn bemüht gewesen ist, den Wagenmarkt zu befeuchten. Es sind im gesamten Ruhrgebiet Teilbereiche für andere Güter als Brennstoffe angeordnet. Auch der Mangel an bedeckten Wagen hat sich weiter vergrößert, da die Anforderungen durch den verstärkten Kartellverkehr und den erhöhten Bedarf an Wagen für Getreide und Futtermittel ganz erheblich gewachsen sind. Der Reichsrat der Eisenbahnarbeiter im Direktionsbezirk Rassel hat Schwierigkeiten im Eisenbahnbetriebe an der Ruhr nicht zur Folge gehabt.

Berzinsung der Einkommensteuerschuld. Amtlich wird geschrieben:

Die neue Reichsteuergesetzgebung hat für rückständige Einkommensschulden die Verzinsung eingeführt. Bei der Einkommenssteuer muß unterschieden werden:

1. die vorläufige Steuerschuld (fällig für 1921 in Vierteljahresstufen am 15. Juli, 15. August, 15. November 1921, 15. Februar 1922) — sie ist bei Nichtzahlung von den bezeichneten Fälligkeitsterminen ab mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen; doch werden nach § 92 der Ausdrucksbestimmungen Zinsbeträge unter 10 M. nicht eingeleistet.

2. Die endgültige Steuerschuld 1921, die durch die jetzt im Gange befindliche Veranlagung festgestellt wird. Der Betrag, um den sie höher ist, als die für 1921 entrichteten vorläufigen Zahlungen (Barzahlung und Lohnabzug), ist nach § 42 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 1. April 1921 ab bis zum Zahlungstermin mit 5 v. H. zu verzinsen; die 10-Mark-Grenze gilt auch hier. Mit Rücksicht auf die Verzinsungspflicht sind Barzahlungen auf die heute noch nicht feststehenden Betrag der endgültigen Steuerschuld 1920 geeignet, auch den Interessen der Steuerpflichtigen zu dienen, da mit dem Zahlungstermin die Verzinsung des gezahlten Betrages aufhört. Die Steuerbefehle haben Wirkung, als angebotenen Vorauszahlungen anzunehmen.

3. Nebenproduktion an Zucker in Rußland. Eine Kommission des kubanischen Kongresses, die den wirtschaftlichen Zustand Kubas studiert hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kongress ein Gesetz annehmen müsse, das eine Einschränkung der nächsten Zukerernte vorschreibt. Außerdem müsse die Regierung einen Kredit von fünfzig Millionen Dollar zur Unterstützung der Zuckerindustrie zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 18. August. (W. r. e.) An der Börse trat infolge der Währungsdepression eine merkliche Erleichterung und Abschwächung der Wertpapierkurse ein. Die Spekulation und auch teilweise das Publikum waren noch Gewinnrisikanten mit erheblichen Abgaben am Markt. Neben auf der anderen Seite, was jedoch hervorzuheben ist, umwiegend ganz bedeutende Kaufaufträge gegenüberstanden, die jedoch die rückläufige Bewegung nicht aufhalten vermochten.

Berlin, 18. August. (Warenmarkt.) Mittagsbörsen, amtlich: Weizen, Markt. 442—450 Aug., Schaf. 428 bis 438 Aug., Tendenz: matter, Roggen, Markt. 314—350 Aug., Sonnt. 338—342 Aug., Tendenz: matter, Wintergerste 388—396, Sommergerste 488—500, Hafer, Markt. 352 bis 358 Aug., Sonnt. 348—350 Aug., Schaf. 336—344 Aug.

Lebensmittel, Wasser, Da Blau prompt ab Hamburg. 294 bis 299, ohne Prob. Ring. Sept.-Des. 292-289, Aug. 290 bis 288, Sept.-Des. 290-286, Lebensmittel, Weizenmehl 70 proz. Ausm. 645-690, Roggenmehl 70 proz. Ausm. 440 bis 480, Weizenmehl 265, Lebensmittel, Roggenmehl 265, Lebensmittel, Raps 580-600, Rüben 5 R. niedriger, Lebensmittel, Rill, Wein 580-600, Lebensmittel, Rill, Bittererbsen 580-600, Futtererbsen 360-380, Speiserbsen 440 bis 460, Pelusiden 340-360, Kiderböden 330-340, Bohnen, blaue 190-195, gelbe 300-310, Serrabella 370 bis 380, Rapskuchen 250-265, Weizenkuchen 294-298, Trolschkuchen Okt.-Des. 280-284.

Der Stand der Markt. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	18. 8.	17. 8.	1914
100 holländische Gulden	2593	2717	167,-
100 belgische Franken	634	655	80,-
100 dänische Kronen	1268	1438	112,-
100 schwedische Kronen	1775	1873	112,-
100 italienische Lire	369	369	80,-
1 englischer Pfund	304	316	80,-
1 Dollar	88	86	4,30
100 französische Franken	—	670	80,-
100 tschechische Kronen	101	103	—

Scherz und Ernst.

Ein feuriger Bewunderer. In Italien wurde Adelina Patti einmal die Karte eines Unbekannten überbracht, der schlicht wünschte, sie sehen und sprechen zu dürfen, daß sie ihn zu sich führen ließ. Es war ein kleiner alter Mann, der vor Nervosität ganz rot und sprachlos war. Fäßlich sah die Diva aus seinem Rode Rauch aufsteigen, ergriff mit der für eigenen Geistesgegenwart blühschön eine mit Wasser

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl Jehne

Zur Anwendung kommen die bewährten Substanzen des gel. Naturheilverfahrens.

Naturheilbad „Zukunft“

Elektrizität, Wasser- und Massagebehandlungen.

Ständige Preise Besuche überall

Dippoldiswalde, am 2. u. 11. April 1921

Spezial: Täglich früh 8-10 Uhr abends, Sonntags bis 12 Uhr mittags.

Besondere große Erfolge werden erzielt bei Frauen-, Nerven-, Verbaunungs-, Lungen-, Herz- und Stimmröhren-Krankheiten, bei Rheuma, Gicht, Nerven.

geputzte Karaffe und entleerte sie über ihm. Es erwies sich, daß der alte Herr vor seinem Eintritt seine brennende Zigarre in die Tasche gesteckt und damit seinen Rod in Brand gesetzt hatte. „Signor, lächelte die Diva, „ich habe zwar schon viel „feurige“ Bewunderer gehabt, die für mich entflammt zu sein behaupten, doch noch keinen, der mir einen so tatsächlichen Beweis dafür geleistet hätte.“

Der Herr von Regenbringer. Aus der bebrarabischen Gemeinde Neu-Sirimba schreibt der deutsche Lehrer Jaller der „Deutschen Zeitung Beharabens“, daß die Trockenheit beinahe sechs Wochen gedauert habe. Man sei in größter Verzweiflung gewesen. Aus den umliegenden moldauischen und russischen Dörfern sei das Volk scharenweise mit seinen Geislichen und Heiligenbildern in die Felder gezogen, um Regenbittprozessionen abzuhalten. Auch die Deutschen hätten in ihren Kirchen inbrünstig um Regen gefleht. Alle hätten lehnfüchtig auf den deutschen Pastor gewartet, der die deutsche Gemeinde jedes Jahr einmal Ende Juni zu besuchen pflegt. Es habe sich nämlich aus alter Erfahrung die Meinung festgesetzt, daß der deutsche Pastor immer den Regen mit sich bringe. Auch die Russen und Moldauer hätten jeden Tag gefragt: „Warum kommt denn euer Pastor so lange nicht, wir gehen ja ohne Regen zugrunde.“ Endlich bedeckte sich am 24. Juni der Himmel mit schweren Wolken, am 25. Juni fing es an zu regnen, am 26., während kräftigen Regens, kam auch prompt der Pastor, dem man mit bunten Bändern geschmückte Korreiter entgegenesandt hatte. Die Gemeinde empfing ihn mit einem Lied, die Straßen des Dorfes waren voll von Moldauern, Russen und Juden, die den Pastor aufs freundlichste begrüßten. Alles jubelte dem Pastor entgegen, der den Regen gebracht hatte. Andern Tags war Gottesdienst, Abendmahlfeier und Trauung von fünf Hochzeitspaaren, denn jedermann heiratet jetzt in Beharabens, weil das neue Landgesetz nur einem Familienoberhaupt Recht auf Land gibt. Jetzt werden also rasch auch kaum erwachsene Kinder zum Familienoberhaupt. Man sieht, was Gesebe alles anrichten können!

Letzte Nachrichten

Die gebundene Marschroute des französischen Vertreters im Völkerbundsrate.

Genf, 18. August. „Matin“ meldet, der Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, Hanotaux, wurde durch Kabinettsbeschluss angewiesen, die Zuteilung Oberschlesiens gemäß dem französischen Antrag zu fordern. Frankreich mit der Zulassung Deutschlands einverstanden.

Genf, 18. August. Havas meldet: Die französische Regierung hat zugestimmt, daß Deutschland und Polen zur Sitzung des Völkerbundsrats, der über Oberschlesien beschließen soll, zugelassen werden. Die Einladungen werden den beiden Staaten gemeinsam mit den Mitgliedern des Völkerbundes zugestellt werden.

Der Zusammenbruch des Wettkonzernschwindels. Der Zusammenbruch der sogenannten Wettkonzernne

bat sich am Mittwoch fortgesetzt. Wieder sind fünf Inhaber von kleinen Konzernen aus Berlin gestürzt, weil ihre Verhaftung bevorstand. Ein Wettkonzerninhaber in Spandau hat die gesamten Wettgelder von 200 000 Mark aus der Flucht mitgenommen. Auszahlungen sind am 16. d. M. schon von keiner Sportbank mehr geleistet worden. Bei dem gleichfalls zusammengebrochenen Röh-Konzern sind vom 1. bis 15. August noch 1,7 Millionen Mark eingezahlt worden.

Die ersten Erleichterungen am Rhein. Mainz, 18. August. Infolge erleichterter Betriebslage hob die Eisenbahndirektion Mainz die durch die Rhein-Jol-linie veranlaßte Gütersperre von dem rechtsrheinischen nach linksrheinischen Gebiet auf.

Kirchen-Nachrichten

13. Sonntag nach Trin. den 21. August 1921. Text Lukas 10, 23-27. Lied: 413.

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Exp. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Rosen.

Bärenburg. 5 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle. Hengersdorf. 9 Uhr Lesegottesdienst. Fialkath. Schönb. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Johnsbach. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. Ripsdorf. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Fischer. 1/11 Uhr Kindergottesdienst: Verleibe.

Kreisch. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr kirchliche Unterredung mit den Jünglingen aller dazu verpflichteten Jahrgänge. 3 Uhr Taufgottesdienst.

Pöfendorf. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahlfeier: Pastor Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Radler. 1/11 Uhr Kindergottesdienst: Pastor Vorwerk.

Reichardt. 1/9 Uhr Glockenweihe auf dem Friedhofe und Festgottesdienst.

Reinhardtsgrimma. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. Ruppenhof. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst, anshl. Abendmahl. 1/11 Uhr Kindergottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kindergottesdienst.

Schmieberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst; 10 Uhr Kindergottesdienst: Pfarrer Friedrich.

Katholischer Gottesdienst

Sonntag den 21. August 1921.

Schmieberg. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst im Gasthof.

Wetter-Aussichten.

(Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

21. August: Wolken, teils Sonne, vielfach Regenschauer, ziemlich kühl.

22. August: Veränderlich, windig.

23. August: Wolken, Sonne, teils heiter, ziemlich warm.

24. August: Bewölkt, mäßig, warm, spärlicher Regen.

25. August: Veränderlich, kühl, windig.

26. August: Wenig verändert.

27. August: Sonne, Wolken, angenehme Luft, Wind.

Billige Schälgurken, neue Kartoffeln, ff. neue Serringe, neue saure Gurken, Margarine z. alt. Preis empfiehlt Otto Jeller.

Parfüm-Toilettenseifen, med. Seifen, milde Badeseifen, Kernseifen (beste Qualität) Artikel zur Mund- und Zahnpflege, Zahnpulver Nr. 23 empfiehlt Hugo Müller, Altenberger Straße 173, Drogen-, Toilettenartikel.

Dachpappe, Dachlack, Maschinen-, Motoren- und Zentrifugenöl, Firnis, Lack, Farben empfiehlt billigst Georg Mehner.

Speise- und Viehsalz offeriert Heuter, Händendorf.

Fruchtwein in Friedensqualität empfiehlt Kurt Schwente, Sabisdorf. Häcksel empfiehlt A. Oppelt, Dippoldiswalde. Telefon 162.

Eine saubere Drucksache, wie sie die Buchdruckerei von Carl Jehne in Dippoldiswalde zu realen Preisen liefert, ist eine gute Empfehlung für jeden Geschäftsmann

Köchin mit etwas Hausarbeit od. 1. Hausmädchen mit gut. Kochkenntnissen z. 1. Septemb. od. spät. f. kinderlosen Haush. gesucht. Selbstige muß umständig sein u. selbst. wirtschaften können. Gute Bezugs- u. Behändig, ebenf. Gehalt Hausmädch. vorhanden. Fr. Fabritzel, Schmidt, Krossdorf i. Sa., bei Dresden.

Köchin, sowie ein Hausmädchen bei sehr hohem Lohn für sofort gesucht. Penzion Susanna, Ripsdorf.

Hausmädchen sucht für sofort od. 1. September bei hohem Lohn Max Melzig, Fleischereimstr., Schmieberg.

Suche ein Mädchen in kleine Landwirtschaft bei Tariflohn und Familienanschluss für 1. Oktober. Näheres in der Geschäftsstelle.

Dreschmaschinen-Oel sowie sämtliche Motoren-Maschinen-Oele usw. wie auch alle anderen einschlägigen Artikel empfiehlt i. bekannter Güte Hermann Lommagk, Drogerie zum Eisenstein, Dippoldiswalde.

Die Mähen der hiesigen Amtshauptmannschaft haben für Bearbeitung des Selbstverjorgergetreides ab 15. August 1921 folgende Preise festgelegt:

Mähen von Gerste	13,-	der Zentner
Mähen von Roggen oder Weizen	12,-	"
Schroten	5,-	"
Quetschen	3,-	"
Wals groß schrotend	6,-	"
Wals fein schrotend	8,-	"

Bei Ausbittstrafbetrieb entsprechend höhere Preise.

Müllervereinigung Dippoldiswalde.

Lagervertreter für hiesigen Bezirk gegen Gehalt mit Provision per sofort gesucht. Zur Übernahme des Bezirkslagers sind ca. 12 000 eiserne Schließelische Bewerbungen an Prometa-Feuerlöcher G. m. b. H., Berlin W. 9, Schellingstr. 5.

Haben Sie eine eilige Sache zu drucken, so rufen Sie telephonisch Dippoldiswalde Nr. 3 an. Und was möglich ist, wird geschehen!

Mehrere hochtragende Zug- und Zuchtkühe darunter eine gutegebende Sattel-Kuh Neben billig zum Verkauf. Nehme Schlachtvieh mit in Zahlung Dose bit ist auch eine! Junge Zuchtschafe mit Ferkeln zu verkaufen. Tausche auch Schlachtvieh ein. Albin Müller, Vorlas 32.

Hafer und Heu kauft zum höchsten Tagespreis Martin Walther. Telefon 118. Kartoffel-Verkauf auf der Föbeltastraße. Hornsch, Schmiedoberg.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir allen herzlichsten Dank. Dippoldiswalde, den 19. August 1921. Arno Scheibe und Frau Elisabeth, geb. Gutte.

Naturheilverein Dippoldiswalde und Umg. 25jähriges öffentliches Stiftungsfest Sonnabend den 20. August abends 8 Uhr im Schützenhaus Kommers Sonntag den 21. August nachm. 3 Uhr in der Reichstr. Gartenfest und Ball Rinderreigen, Tombola, Rad- und Schießbude und für andere lustige Unterhaltungen ist bestens gesorgt. Alle Freunde und Gönner sind herzlich willkommen. Der Gesamtvorstand. Otto Ell, Vor.

Turnverein Reinhardtsgrimma. Sonntag den 21. August von nachm. 3 Uhr an auf dem Turnplatz großes Sommerfest Turnerische Vorführungen Konzert Rinderbelustigungen. Schanzelt. Fisch, Wurst- und Zuckerwaren-Verkaufstände. Rinder-satzspiel. Tombola. Eintritt 5 Pf., Kinder 25 Pf. Von 6 Uhr an Tanz im Erbgericht. Die geehrte Ehrenwerthschaft von Reinhardtsgrimma u. d. Umgebung und befreundete Turnvereine werden hi. mit herzlich eingeladen. Turnverein Reinhardtsgrimma. (E. B.)

Jugendverein Oberfrauendorf Sonntag den 21. August Preisvogelschießen mit Damen-Sternschießen und anshl. Rosen-Ball. Anfang 1/3 Uhr. ff. Musik! Eine rege Beteiligung seitens der Mitglieder (und durch Mitglieder eingeführte Gäste) erwartet d. V.

Hermsdorfer Weißkalk, frisch gebrannt, empfiehlt Richard Wiegand.

Grundzüge zum Religionsunterricht

Die Leipziger Vereinigung ev.-luth. Lehrer und Lehrerinnen für evangelische Schulen hat folgende beachtenswerte Grundzüge zum Religionsunterricht angenommen:

1. Für christlichgläubige Lehrer ist das Evangelium das wahre Gegenwärtigste und das für die Kinder, denn es gibt ihnen das Beste und Brauchbarste für Herz und Leben, nämlich lebensvolle Glaubenslehre auf Grund des göttlichen Wortes.
2. Die Heilige Schrift als gottgewirkte Urkunde der Heils-offenbarung zeigt in ergreifender Anschaulichkeit die Sünde und ihre Folgen, aber auch die Gnade und ihren Träger, sowie die Mittel und Wege zum Überwinden des Bösen und zum Erreichen des Heils.
3. Die biblische Geschichte ist nicht an erster Stelle als Sammlung anschaulicher Vorbilder für sittliches Handeln zu werten, sondern als Erkenntnisquelle unverbrüchlicher Gottesordnungen, wodurch die Sünde als Undank gegen Gottes Güte und Ungeduld gegen seinen heiligen Willen erkannt werden soll und zugleich zum Erreichen der Gnade in Christo eingeladen wird. Das betonen wir besonders auch für die Geschichte des Alten Testaments.
4. Wer Kinder beobachtet, weiß, daß sich zum Gefühl und Bewußtsein der völligen Abhängigkeit von den Eltern gar bald ein selbstbewusstes Widerstreben gegen den Willen gesellt, das zur Lust am Widersprechen wird. Bei wachsendem Verständnis für die Dankeschuld regt sich auch bald das kindliche Gewissen und nimmt den Kampf gegen die länderhaften Neigungen auf.
5. An diese Beobachtungen und Erfahrungen anknüpfend, muß die evangelische Unterweisung dem Kinde die Güte Gottes anschaulich und eindringlich vor die Augen malen, seine gnädige Fürsorge auch in der Offenbarung seines Willens nachweisen, die Häßlichkeit des Undanks gegen Wohlthaten zeigen und zum Eingreifen der Gnade in Christo ermuntern und einladen.
6. Hand in Hand mit dieser Beeinflussung des kindlichen Willens durch Vermittlung von intellektuellem Interesse und Gefühlswirkung muß das Hinführen zur Quelle aller Kraft, zur Gemeinschaft mit dem lebendigen gegenwärtigen Heilande gehen.
7. Der Weg zu dieser Gemeinschaft sind religiöse Erlebnisse. Da viele Kinder solche nur vereinzelt und im geringen Umfange haben, müssen die Lebenserfahrungen des Lehrers ergänzend und stellvertretend dem Kinde zugute kommen, daneben passende Erzählungen aus der Geschichte der Kirche und dem Leben erfahrener Christen dem Kinde nahe gebracht werden. Vor allem muß die biblische, besonders die Jesugeschichten zum persönlichen Erlebnis werden. Durch warmherzige, anregende und packende Darstellung kann dem Kinde der Weg dazu gebahnt werden. Die Hauptfrage bleibt, daß das Kind die innerste Ueberzeugung des Lehrers herausfühlt.
8. Die bleibende Frucht des Erlebnisses ist der Glaubensgehorsam und der Gehetsgang mit Jesus, der treu gepflegt werden muß. Daß dabei alles Unnützerne und künstliche Gemachte zu vermeiden ist, liegt in der Natur des gesunden Christentums.
9. Die Wirkung des Unterrichts muß durch seelsorgerische Pflege des Kindes in Haus und Schule unterstützt und gefördert werden. Dabei ist verständiges und liebevolles Eingehen auf den Interessenkreis des Kindes, geduldiges Warten auf das Heranreifen der Ausaat, vor allem aber priesterliche Fürbitte unerlässliche Bedingung.

Ein Amerikaner über den Völkerbund.

Die endgültige Lösung des oberschlesischen Problems, die für uns eine Lebensfrage bedeutet, ist in Paris bekanntlich dem „Völkerbund“ überwiesen worden. Dieser Ausweg des sich damit selbst als bankrott erklärenden Obersten Rates wurde von der englischen Presse fast durchweg sehr sympathisch begrüßt und das Wiederaufleben des Völkerbundes als glückliche Tat des Obersten Rates bezeichnet. Es ist daher für uns von ganz besonderer Wichtigkeit, einmal zu hören, wie ein Amerikaner ebenso treffend wie freimütig sich über diese einst viel gepriesene und später ebenso oft verurteilte „Schöpfung“ Wilsons äußert.

Der Staatssekretär des Auswärtigen im Kabinett Wilson, Robert Lansing, schrieb ein Buch „Persönliche Erinnerungen“, zum Teil auf Tagebuchaufzeichnungen beruhend, über das Zustandekommen des Versailler Friedensvertrages. Er war mit Wilson und noch drei anderen Amerikanern Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation in Versailles und hat so die Entstehung des Vertrages aus nächster Nähe beobachten können. Sein Buch ist eine Auseinandersetzung mit Wilson und zugleich eine vernichtende Kritik ganzer Teile des Friedensvertrages, besonders desjenigen, der Wilson einzeln am Herzen lag und dessenwegen er eigentlich aus Amerika nach Europa gekommen war, nämlich der Völkerbundsakte.

Ganz besonders den Verriss der Selbstbestimmung der Völker, den Lansing ironisch den „Traum eines Idealisten“ nennt, unterzieht er einer scharfen Kritik, und er kommt zu dem Ergebnis, daß Wilson durch seine eigenen Handlungen selbst den Beweis erbracht hat, daß die Selbstbestimmung eine „bloße Phrase“ ist, die man als gänzlich überflüssige Fiktion ansehen sollte, weil sie praktisch nicht anwendbar ist. Er weist das an einzelnen Bestimmungen des Vertrages selbst nach. „Schlagende Beispiele für die Verletzung dieses Prinzips finden sich im Versailler Vertrag, wo durch die Neuorganisation der deutschen Grenzprovinzen von Menschen deutschen Blutes unter die Oberhoheit der neuerschaffenen Staaten Polen und Tschechoslowakei gestellt, ferner der Hafen von Kiautschau und die wirtschaftliche Vorherrschaft in der Provinz Schantung an Japan übertragen wurden.“

Wie Lansing treffend hervorhebt, kann daher der Völkerbund in der heutigen Fassung nicht bestehen bleiben. Er sagt hierüber in seinen Tagebuchaufzeichnungen: „Man muß von vornherein zugeben, daß der Bund ein Werkstück der Mächtigen ist, um das normale Wachstum nationaler Macht und nationaler Bestrebungen bei ihnen aufzuhalten, die durch die Niederlage machtlos geworden sind. Prüft den Vertrag und ihr werdet finden, daß Völker gegen ihren Willen in die Macht jener gegeben sind, die sie hassen, während ihre wirtschaftlichen Quellen ihnen entzogen und anderen übergeben sind. Haß und Erbitterung, wenn nicht Verzweiflung, müssen die Folgen derartiger Bestimmungen sein. Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker in die Hände der noch abzuschütteln, aber so gewiß wie die Nacht auf den Tag folgt, wird diese Zeit kommen da sie den Versuch wagen.“

Der Völkerbund bildet somit nach Lansing Meinungs heute, statt eine Organisation zu sein, die

Weltkriege verhindern hilft, nur ein Instrument zur mehr oder minder gewaltsamen Durchführung der Friedensbedingungen. Die idealistische Grundidee wurde den materialistischen Zwecken, den Siegenationen die Früchte des Sieges zu bestärken und zu sichern, untergeordnet. Wir werden ja recht bald Gelegenheit haben, am eigenen Leibe zu erproben, ob die Ansicht des Amerikaners zutreffend ist oder nicht.

Der Sturz der Mark.

Ursachen und Wirkungen.

In den letzten Tagen ist die Mark in einer Weise gefallen, wie es bisher noch nie eingetreten ist. Ihren Tiefstand erreichte sie am Dienstag an der Börse in New York, wo sie gerade noch mit 1,07% Cent notiert wird. Das ist gleichbedeutend mit vier Pfennigen der alten Goldmark. In New York wird als Grund für diesen außergewöhnlichen Sturz angesehen, daß Verhandlungen wegen einer Kreditanleihe von 25 bis 50 Millionen Dollar, die durch Vermittlung des Bankhauses James Speyer mit der United States War Finance Corporation gepflogen und beinahe zum Abschluß gebracht waren, im letzten Augenblick gescheitert seien, weil die amerikanischen Geldgeber einen langfristigen Kredit verweigern zu müssen glauben, so lange die oberschlesische Frage nicht erledigt ist. Ferner heißt es, daß auch die holländischen Kredite und die Warburg-Anleihe von 7 Millionen Dollar nur auf kurze Frist gewährt seien. Die Zusammenstellung dieser ungünstigen und im einzelnen noch unbeglaubigten Angaben entbehrt nicht einer tendenziösen Färbung. Indessen genügen derartige Meldungen, um jenseits des Ozeans die Stimmung für die deutsche Mark zu verderben, während sie hier bei uns den Valutiespekulanten, an denen es bedauerlicherweise nicht mangelt, Wasser auf die Mühle bringen. Auf gut Deutsch gesagt, heißt das, daß unsere Kreditfähigkeit im Auslande zurzeit gleich Null ist.

Andere amerikanische Finanzkreise sind der Ansicht, daß der Sturz der Mark hauptsächlich mit der riesigen Vermehrung des Roten Kreuzes in Deutschland zusammenhängt. Das ist richtig, zweifellos aber nicht der einzige Grund. Die größten Posten deutscher Mark werden in Amsterdam und London auf den Markt geworfen und drücken den Kurs empfindlich.

Allgemeine Beunruhigung herrscht in der holländischen Presse über den dauernden Fall der Mark. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt, der Marksturz habe an den deutschen Börsen eine wilde Gasse hervorgerufen, aber an den anderen Börsen betrachte man mit Unruhe das fortwährende Sinken. Deutschland könne nun mit allen Ländern vor allen Dingen auf industriellem Gebiet konkurrieren. Das ganze Arbeitsleben müsse dies bald fühlen. Man frage sich, ob es möglich sei, ein Mittel zur Abwendung des Falles der Mark zu finden und normale Zustände herbeizuführen. Vor allen Dingen leide Holland unter der deutschen Konkurrenz. Infolgedessen herrsche eine äußerst lustlose und schlechte Stimmung auf dem ganzen Warenmarkt und greife auch auf den Aktienmarkt über.

Die kommenden Gehalts- und Lohnforderungen.

Die sog. „Index-Ziffern“, welche die durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung vor dem Kriege mit 100 annehmen und dann jeweilig monatlich errechnet werden, haben eine fühlbare Erhöhung erfahren. Bisher war der Monat Januar 1921 der teuerste Monat; die Index-Ziffer betrug 924, d. h. im Januar 1921 war der Lebensunterhalt etwa 9% mal so teuer wie vor dem Kriege. Von Februar bis Juni d. Js. sind die Index-Ziffern gesunken und zwar auf 896. Im Juli 1921 hat dann eine starke Steigerung der Index-Ziffer stattgefunden; sie erhöhte sich auf 963. Für den laufenden Monat und für die nächsten Monate ist im Zusammenhang mit der Brotvermehrung, der Erhöhung der Mietsätze und der vermehrten Steuerlast eine weitere sehr erhebliche Steigerung der Index-Ziffer, d. h. also der Lebenshaltungskosten, zu erwarten.

Als unmittelbare Folge dieser Entwicklung werden von den Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter umfangreiche Gehalts- und Lohnforderungen erhoben. Ein gemeinsames Vorgehen der Beamtenorganisationen und der Gewerkschaften ist nicht zustande gekommen. Während in den einzelnen Wirtschaftszweigen die Arbeitnehmer ihre Forderungen scharf im gleichen Umfange durchsetzen werden, dürften die öffentlichen Angestellten zweifellos eine Erhöhung der Steuerzulagen um etwa 25 bis 30 Prozent durchsetzen können. Welch ungeheure Belastung das für Reich, Länder und Gemeinden bedeutet, ist daraus zu ersehen, daß für den einzelnen öffentlichen Angestellten eine Erhöhung der Bezüge um etwa 3- bis 4000 Mark jährlich entstehen würde. Im ganzen würde damit die Reichskasse mit weiteren 7-8 Milliarden Mark belastet werden. Ein etwa gleich hoher Betrag wäre von den Ländern und Gemeinden aufzubringen. Da nun der öffentliche Bedarf, — nach welchem die aufzubringenden Steuern berechnet werden, — bereits im Frühjahr aufgestellt worden ist, so würden die Mehraufwendungen für erhöhte Gehälter und Löhne noch eher notwendig werden, als die kommende Finanzreform beendet sein kann. So läuft der öffentliche Bedarf den Deckungsmöglichkeiten immer um Pferdelaugen voraus. Es

ist unabweislich notwendig, daß Steuerzulagen an öffentliche Angestellte nicht mehr die Selbstbeträge erhöhen, sondern daß durch Zusammenstreichen des Etats und durch erhöhte Arbeitsleistung die entsprechenden Beträge eingespart werden.

Das Fiasko des Obersten Rates.

Mit der Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund und der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen (unter dem Vorbehalt, daß Deutschland seine Verpflichtung, bis zum 31. August eine Milliarde Goldmark zu zahlen, erfüllt) hat die Beratung des Obersten Rates in Paris ihr Ende gefunden. Nirgends bisher haben sich die französisch-englischen Gegensätze derartig zugespitzt, wie gerade bei den Verhandlungen über Oberschlesiens Schicksal, d. h. über Sein oder Nichtsein Deutschlands, besser gesagt, die Zukunft Europas überhaupt. Man kann in der Tat behaupten, daß das Todesurteil des Obersten Rates hiermit gesprochen ist, wie man dies auch aus englischen Pressestimmen ganz unverhüllt hört. So erklärte die „Times“: Was sich ereignete, sei kein verheerender Bruch der Entente, sondern ein endgültiger Zusammenbruch des Obersten Rates gewesen. Wehlich äußern sich andere englische Blätter, die das Wiederaufleben des Völkerbundes begrüßen und dem verendeten Obersten Rat keine Träne nachweinen.

Welche Schlässe haben wir aus diesen Tatsachen zu ziehen? — Wir dürfen bestenfalls vom Völkerbund eine objektivere Beurteilung des oberschlesischen Problems voraussetzen, andererseits aber die bedauerliche Tatsache nicht außer acht lassen, daß die neue Wendung der Dinge die letzte Entscheidung abermals (wahrscheinlich um Monate!) in die Ferne gerückt hat. Selbst die „Morning Post“ zweifelt daran, daß die oberschlesische Frage vom Völkerbund allzu schnell gelöst werden könne. Wirtschaftlich wäre dies für Oberschlesien von schwerstem Nachteil, ganz abgesehen davon, daß ein neuer, wohl mit ziemlicher Sicherheit zu erwartender Polenaufstand das wertvolle Industriegebiet wiederum in höchste Gefahr der Vernichtung bringen würde.

Auch an der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die nach der Annahme des Londoner Ultimatums, also schon seit Mai dieses Jahres, nicht die geringste Berechtigung mehr besaßen, können wir keine ungetrübte Freude haben, da die militärischen Sanktionen, und damit den Befestigung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf fortbestehen werde. Nichts Halbes und nichts Ganzes wurde erreicht. Die Bilanz der Pariser Presse über die letzten Verhandlungen des Obersten Rates ist geradezu niedererschlagend: Ueber keine Frage sei eine Einigung erzielt worden. Alle Mißverständnisse, die im Laufe der letzten Wochen zwischen England und Frankreich aufgetaucht seien, hätten sich im hellsten Lichte gezeigt. Selbst die Grundfrage sei nicht gelöst worden (Paul Aubriot im „Bourgeois“).

Der Oberste Rat ist tot — es lebe der Völkerbund!

Französische Kriegsverbrecher.

Während auch jetzt noch in Paris das hysterische Geschrei nach Bestrafung der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher nicht verstummen will und die angebliche Parteilichkeit der deutschen Justiz in den „Leipziger Prozessen“ immer wieder zur Grundlage leidenschaftlicher und geschmackloser Anwürfe durch die französische Hesperie gemacht wird, fand in der „Humanite“ der französische Publizist F. Gouttenoire de Courcy den Mut, bereits vor einiger Zeit in mehreren Artikeln der peinlichen Frage näher zu treten, ob in Frankreich von höherer Stelle, d. h. von französischen Generalen, Befehle herausgegeben worden seien, keine Gefangenen zu machen. Am 8. Juli hatte die „Humanite“ erneut einen Artikel Gouttenoire's zum Abdruck gebracht, welcher ihre ersten Enthüllungen noch bekräftigt. Der erwähnte Verfasser ist ein sehr bedeutender Literat, der schon im letzten Winter recht leidenschaftliche Anklagen gegen Poincare schleuderte, gegen die sich jener nur ziemlich schwach zu verteidigen mußte, zumal er die absolute Ehrenhaftigkeit Gouttenoire's anerkennen mußte.

Ein anderer Journalist der „Humanite“ gab nun unlängst den wörtlich hier folgenden Text eines vom französischen General Martin de Bouillon, Kommandant der 13. Infanterie-Division, am Vorabend der Champagne-Schlacht zu Artois gegebenen Befehls bekannt: „Damit nichts unseren Vormarsch verlangsamt, werdet Ihr keine Gefangenen machen, werdet Ihr alle, die sich vor unseren Augen zeigen, rücksichtslos mit den Bajonetten durchbohren!“

Vor Beginn der Kämpfe um die Mühle von Faube über um den Chemin des Dames ging nach derselben Quelle Martin de Bouillon mit einem ähnlich genannten Soldaten Duhamel eine Wette ein, die einst nicht wiederzugebende Verstümmelung von „Hoches“ am Gegenstand hatte und sich ebenfalls auf das französische Vorhaben, keine Gefangenen zu machen, bezog.

Gerichtssaal.

Das Krankenbrotlaß. Ein Fall, den die Brotrationierung verschuldet hat, hatte ein Nachspiel vor dem Schönberger Schöffengericht. Ein Bombopatz R. aus einem Berliner Vororte war der unbefugten Ausstellung eines ärztlichen Attestes beschuldigt worden. Eine magenleidende Patientin war eines Tages zu R. gekommen und hatte ihn gebeten, einen Antrag auf Bewährung von Krankenbrot zu unterstützen.

Der im Augenblick vielbeschäftigte Angeklagte drückt unbesehen seinen Instruktsstempel unter das Formular. Daraufhin hatte R. einen Strafbefehl über fünf Tage erhalten, gegen den er sofort Widerspruch erhob. Vor Gericht machte der Verteidiger geltend, daß der Stempel „Homöopathisches Institut“ eigentlich jeder Zweifel darüber ausschloß, daß nicht ein Arzt, sondern ein nicht approbierter Homöopath das Formular unterzeichnet habe. Wie man hieraus eine Täuschung einer Behörde folgern könne, sei unverständlich. Das Gericht schloß sich in jeder Beziehung dieser Ausführungen an und sprach den Angeklagten nicht nur auf Kosten der Staatskasse frei, sondern legte auch die Kosten der Verteidigung usw. der Staatskasse auf.

Deutsch-italienische „Verhältnisse“. Vor den Berliner Landgericht I stand die ehemalige Direktorin D., die sich wegen Beilegung eines falschen Namens Benutzung eines falschen Passes und Scheckfälschung zu verantworten hatte. D. machte eines Tages die Bekanntschaft eines Mitgliedes der italienischen Militärkommission, des Generals de Picotti. Diese Bekanntschaft nahm ernsthafte Formen an und sollte sogar zu einer Ehe führen. Da ein Verbot der italienischen Regierung besteht, nach welchem die italienischen Offiziere angewiesen sind, nicht in nähere Beziehungen zu deutschen Frauen zu treten, stellte de Picotti die Angeklagte als seine Nichte „Anita von Pfeiffer-Picotti“ vor. Unter diesem Namen wohnten beide längere Zeit zusammen, und als beide nach Rom zogen, ließ sich die Angeklagte auf ausdrücklichen Wunsch des italienischen Generals auch einen Reisepaß mit jenem Namen ausstellen. Dieses eigenartige deutsch-italienische Verhältnis hätte niemals die Behörden beschäftigt, wenn nicht die Angeklagte beim Kauf eines Pelzmantels bei der Firma einen mit „Picotti“ unterschriebenen Scheck in Zahlung gegeben hätte, der später nicht eingelöst wurde. — Vor Gericht stellte die Verteidigung den Antrag, den General de Picotti persönlich darüber zu vernehmen, daß die Angeklagte in seinem Auftrage den Scheck mit dem Namen „Picotti“ unterschrieben habe. Da der Zeuge de Picotti trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen war, mußte die Verhandlung vertagt werden. Es soll nun versucht werden, den General de Picotti in Rom kommissarisch vernehmen zu lassen.

Lokales.

Freimarkenheften. Der Absatz an Freimarkenheften ist in letzter Zeit auffällig zurückgegangen. Dies läßt vermuten, daß in den Kreisen der Postbenutzer die Kenntnis von dem Vorhandensein solcher Heften zu wenig verbreitet ist. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Freimarkenheften an allen Poststellen zum Nennwert ihres Markeninhalts, also ohne Aufschlag, zum Verkauf bereitgehalten werden. Der Preis der Heften beträgt jetzt 8 Mark, bei der bevorstehenden neuen Auflage wegen der darin enthaltenen Marken nach dem jetzigen Gebührensatz 12 Mark.

Papierpreiszuschlag bei Postkarten. Die von der Postverwaltung neu ausgegebenen Postkarten tragen neben dem Wertzeichen den Ausdruck „Papierpreiszuschlag 5 Pfg.“. Dieser Zuschlag ist bekanntlich seit März ds. Js. eingeführt und soll der Postverwaltung einen Ausgleich dafür bieten, daß sie dem Versender auch den Kartenvordruck zu Anbringung der Mitteilungen liefert, denn die eingedruckte Marke stellt nur die Gebühr für die Beförderung der Karte nach dem Postgebührensatz dar. Der Papierpreiszuschlag von 5 Pfg. enthält nicht nur die Kosten des Papiers, sondern auch alle sonstigen Aufwendungen, die bei der Herstellung der Postkarte, abgesehen von dem Abdruck des Wertzeichens, entstehen, also namentlich auch die Kosten für Abfall, Beschnitt, Zuschuß, Ausschuß, Lagerung usw. In der Bezeichnung des Zuschlags konnte dies alles nicht zum Ausdruck kommen, weil aus naheliegenden Gründen eine möglichst kurze Angabe zu wählen war. Der Durchschnittsbetrag der Selbstkosten war dann, den jetzigen Geldverhältnissen entsprechend, auf den Betrag von 5 Pfg. aufzurunden.

Scherz und Ernst.

Kinder sind in der Garderobe abzugeben. Wenn eine Frau, die über ein oder mehrere Kinder verfügt, ins Theater oder Kino gehen will, so mag sie oft schmerzlich darüber nachgedacht haben, wo sie während dieser Zeit ihre Kleinen lassen soll. Eine glückliche Lösung dieser für den erhöhten Kinobesuch so wichtigen Frage hat der Direktor des Londoner Theaters Alhambra, das sich während der Sommerferien in ein Kinosheater verwandelt hat, gefunden. Wenn jemand seine Kunststücke besuchen will, kann er sein Kind einfach gegen eine Marke in der Garderobe abgeben und sich ungestört dem Genuß des vorgeführten Kinovorhangs hingeben. Die Kinder werden in dieser Garderobe zwar nicht nach alten Methoden in Regale eingeordnet oder an Haken aufgehängt, sondern von ausgebildeten Kinderpflegerinnen unterhalten. Der Direktor soll damit vielen Frauen den Besuch seines Kinos und das Betrachten des neuesten englischen Films „Der Gigant“ ermöglicht haben. — Wenn nur nicht eines Tages jemand seine „Garderobemarke“ verkauft oder verliert.

Der Storch im Eisenbahnstraßenraum. Wohin sich der Storch wagt, ist unglücklich! Also sogar in eine Amtsstube, in ein offizielles Gebäude! Das ist allerhand, nicht wahr? Wie sich die Sache zugeht? — Ah so: Ein Zug fährt von Lichtenrade nach Mahlow. Plötzlich wird die Notbremse gezogen, der Zug hält. Eine Frau, die von Bromberg nach dem Mücklingslager in Posten unterwegs war, war plötzlich von heftigem Unwohlsein befallen worden. Man bringt sie in das Stationsgebäude. Und siehe da: die geplagte Frau bringt einen gesunden Jungen zur Welt. Bereits eine Stunde später konnten Mutter und Kind nach ihrem Bestimmungsort gebracht werden.

Slawische Wörter in der deutschen Sprache. Wenn wir jetzt daran gehen werden, unsere alte deut-

liche Sprache von allen fremdsprachigen Wörtern gründlich zu reinigen, so dürfen wir nicht vergessen, daß wir auch eine ganze Menge Worte in unserer Sprache haben, die slawischer Herkunft sind. Aber deshalb wird man sie ruhig beibehalten können, denn sie sind völlig ins Deutsche übergegangen. Das deutsche Wort „Grenze“ z. B. ist entstanden aus dem slawischen „granica“, und das Wort „pomadig“ hat absolut nichts zu tun mit der Pomade, der Haarfarbe, sondern hat seine Wurzeln in dem slawischen pomad, d. h. langsam. Auch die Worte Petschaft, Peitsche, Schöps, Kuz, Kunt, Plauze, Galunte, Quark, Jauche, futsch, pardaus, pietchen für trinken sind slawischer Herkunft, ebenso die bekannte Muttsche- oder Wotschekuh; hier ist ein- und dasselbe zweimal gesagt, denn muda bedeutet schon für sich Kuh. So gibt es noch viele andere Worte slawischer Abstammung; ein Beweis dafür, wie sehr doch eigentlich unsere Sprache mit fremden Elementen durchsetzt ist.

Unfreiwilliger Aufenthalt auf einem Linien-schiff. Neugierig sind alle Menschen. Auch die Kurgäste aus Kolberg. Unangenehm ist nur, wenn sich wie in Kolberg geschehen, — Neugierde bestraft. Besonders noch dazu, wenn es zwei Nächte und einen Tag dauert. Also: Auf der Kolberger Reede liegt das Linien-schiff „Hannover“ vor Anker. Täglich fahren die Kurgäste hinaus und mustern das schön Schiff. Bei dem plötzlich auskommenden Sturm konnten die nach Hunderten zählenden Fremden nicht so schnell abgebootet werden, es blieben 64 Damen, Herren und Kinder an Bord, Matrosen und Angehörige der „Hannover“ an Bord. Der unfreiwillige Aufenthalt währte zwei Nächte und einen Tag, bis sich der Sturm so weit gelegt hatte, daß die Gäste an Land geschickt werden konnten.

Ein neuer Stern? In Cambridge in Amerika ist am 7. August bei Sonnenuntergang mit bloßem Auge ein Stern beobachtet worden, der in seinem Glanze der Venus gleich war und südlich der Sonne stand. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Kometen oder einen neuen Stern.

Beim Mondenschein. Daß man beim Mondlicht auch arbeiten kann, ist eine besonders in den modernen Großstädten bekannte Tatsache. Besonders wenn das Mondlicht noch durch strahlende Helle in den Tanzbars des verarmten Volkes unterfüttert wird. Auch die Herren Einbrecher werden oft den Mond als ihren guten oder schlechten Schuttpatron bezeichnet haben, wenn er ihnen die Arbeit im Dunkeln etwas leichter oder schwerer machte. ... Daß aber ehrsame friedliche Bauern sich die nächtlichen Stunden und den Mondenschein zu nützlichereu Arbeit ausnützen darf den Reiz der Neugier für sich in Anspruch nehmen. Nur im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten kommt natürlich so etwas vor. Bei den Yankee herrscht bekanntlich unertüchliche Dige. Und da die Hitze mit der Sonne und die Sonne mit dem hellen Tage zusammenhängt, ergo ist es in der Nacht weniger heiß und so wird einfach des Nachts auf dem Lande gearbeitet. Man verhindert so den höchst unangenehmen Sonnenlicht und die Nachtarbeit fällt auf der Gemütsheit heraus und verbindet das Angenehme der Abwechslung mit dem Nützlichen. ...

Schicksalsfaust.

Roman von Leopold Sturm.
(8. Fortsetzung.)

Sie hatte ihn schon von weitem entdeckt. Und sie, die sonst so sehr auf Formen hielt, vergaß ganz, daß sie hier unter freiem Himmel waren, und rief ihm ein herzliches: „Grüß Gott, Max, welch schöne Lieber-schung!“ entgegen.

Er verdoppelte seine Gite und in kurzer Zeit standen sie einander gegenüber. Sie reichten sich wortlos die Hände.

Eine klassische Schönheit war Franziska, die sofort das Modell zu einer römischen Patrizierin aus der Zeit der Scipionen hätte abgeben können. Die stolzen Züge ihres klaren Gesichtes trugen beinahe den Charakter der Herbeheit, und niemand, der sie sonst gekannt hatte, mochte glauben, daß Fräulein von Hohenfels so weich drein schauen konnte wie in diesem Augenblick.

„Bon Herzen willkommen in der Heimat,“ sagte sie, „und mag es etwas Gutes sein, was dich herführt.“

Er küßte ihre Hand, lange und innig. „Heißten Dank, du meine Königin,“ antwortete er. „Denn wie eine Königin stehst du wieder vor mir, die ihrem getreuen Ritter huldvoll zulächelt. Was ich mitbringe, ist, wie ich hoffe, das Glück, das schönste Zukunftsglück für uns beide.“

Sie lächelte froh. „Du sprichst so begeistert, es klingt so viel Uebereignung aus deiner Stimme, daß ich dir glauben muß. Aber warum trägst du das Bild in den Taschen deines Bivolkzuges,“ setzte sie hinzu. „Oder willst du dich etwa auch, wie einst dein Papa, dem Hofleben zuwenden?“

Da erzählte er. Sie unterbrach ihn mit keiner Silbe, auch veränderte sich keine Miene in ihrem Antlitz, nur die feinen Lippen preßten sich fester aufeinander. Er schloß: „Seht weilt du alles, und ich hoffe, du wirst meinen Lebensplan billigen.“

Sie sah ihm voll ins Gesicht. „Du wirst dir reißlich überlegt haben, was du tun willst,“ versetzte sie, „also hat es wohl keinen Zweck, daß ich Bedenken äußere, zumal du mir schon angedeutet hast, daß auch deine Eltern nicht ganz deiner Ansicht gewesen sind.“

„Sie sind nicht Kinder unserer modernen Zeit,“ antwortete er, „wie wir beide, und wir müssen ihnen das zugute halten. Und sie lassen mich ja meinen Reigungen folgen.“

Franziska neigte leicht das stolze Haupt. „Ich weiß, daß du ein Mann der Tat bist und darum werden wir uns bemühen müssen, deine Zukunftspläne mit den meinsten zu verbinden.“

Er sah sie unruhig an. „Du weilt, Franziska, wie eifrig wir früher über diese Dinge gesprochen haben, und wie du mir immer versichert hast, daß du mir als treue Kameradin in allen meinen Lebensaufgaben zur Seite stehen würdest.“

„Damals waren wir halbe Kinder,“ scherzte sie. „Aber wir als große Leute wollen halten, was wir uns damals in Schwärme einander vorgeschwärmt

haben. Ich habe dabei auf dich gebaut wie auf mich,“ sagte er ernst.

Ihr Gesichtsausdruck veränderte sich, sie lächelte jetzt wirklich etwas köstlich. „Oder, lieber Max, müßten denn wirklich in der ersten Viertelstunde unseres Lebens alle diese ernsten und schweren Dinge verhandelt werden? Was das nicht alles Zeit, bis wir den Papa und die Mama begrüßt haben?“

Er faßte bittend ihre Hand. „Du kennst meine Natur, ich errage es nur schwer, vor einer Tür zu stehen, hinter der ein ganzer Berg von Ungewißheit auf mich wartet. Ich sehe dem Schicksal gern klar ins Auge. Droht es dann mit seiner Faust, wohl, ich bin zum Kampfe entschlossen. Aber einen Schieber vor dem Bild der kommenden Tage, den will ich nicht! Also, bitte, sprich, nur wenige Worte sollen genügen.“

Sie legte leicht ihre Hand auf seinen Arm, als wollte sie ihn veranlassen, sie in Ruhe anzuhören. „So vernimm denn,“ begann sie, „der Herzog wünscht, daß ich bei seiner jungen Schwägerin, der Gemahlin des Prinzen Georg Heinrich, das Amt der ersten Hofdame übernehme, und mein Papa hat in meinem Namen bereits zugesagt. Er rechnete natürlich damit, daß ich in absehbarer Zeit deine Frau werden würde und du als Offizier in unsere Garnison eintreten könntest. Dies letzte Zukunftsbild kommt ja noch deinem Entschluß, Medizin zu studieren, nicht mehr in Betracht, aber das Hofamt könnte ich doch übernehmen. Das würde deinen Absichten nicht hinderlich sein.“

Er fühlte starken Unmut in sich aufsteigen, aber gleich darauf mußte er wieder lächeln. Er wollte im Dienste der leidenden Menschheit stehen und seine Frau wollte ein Amt am Hof übernehmen. Das war ja doch ganz unmöglich. Wo blieb da die Lebenskameradschaft? Aber er kam bald zu anderer Anschauung. War Franziska von Hohenfels auch eine noch so stolze weibliche Natur, sie blieb doch ein junges Mädchen, welches die Freuden des Gesellschaftslebens und der glänzenden Hofeslusten kostete. Daß ihr Vater nicht dem Wunsch seines Herrn entgegen sein wollte, war natürlich. Die Entscheidung stand also bei ihr, und sie würde auf seinen Rat hören, ihm folgen, den sie liebte. Es fand sich wohl eine stille Stunde, in der alles beschlossen werden konnte. Hier galt es noch nicht, einen Faustschlag des Schicksals abzuwenden, sondern nur Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

In der Villa Hohenfels hatte der Hausherr und seine Gemahlin Max von Brandhaus zur Tafel gehalten. Er konnte sich nicht über den Empfang beklagen, die Lebenswürdigkeit, mit der er aufgenommen worden war, war so groß, als erblickten die Eltern Franziskas bereits in ihm ihren künftigen Schwiegersohn. Nur wollte es Max mitunter erscheinen, als liege in dieser Lebenswürdigkeit mehr gesellschaftliche Glätte, als Herzlichkeit. Aber er konnte sich auch täuschen.

Denn er konnte nicht verkennen, daß sich in der Familie Hohenfels wirklich recht viel geändert hatte. Das war den äußeren Umständen nach nicht wunderbar, aber Max fiel es schwer aufs Herz. Er hätte nun doch gewünscht, vorhin die Aussprache mit Franziska zur Entscheidung gebracht zu haben, um jetzt gleich mit ihren Eltern sprechen zu können, wie er ursprünglich gewollt hatte. Nun mußte er sich gebunden.

„Wir werden übermorgen eine kleine Abendgesellschaft in unserem Hause haben, lieber Max,“ sagte Frau von Hohenfels; „hat Ihnen Franziska noch nichts davon erzählt? Aber wie kann man so kurz von Gedanken sein, Mädchen! Jedenfalls erwarten wir Sie als unsern Gast. Nein, Ihre Ausrede, daß Sie auf der Reise sind, lassen wir nicht gelten. Keine Gesellschaftstollette, eine Zusammenkunft im Garten. Sie dürfen also kommen, wie Sie sind.“

Da konnte er sich nicht weigern, und Franziskas schwarze Augen dankten ihm. Gleich nach dem Essen lehrte Max von Brandhaus nach Rotenduch zurück. Er hatte die zukunftsreiche Stimmung, in der er eingetroffen war, noch nicht wiedergefunden.

Franziska von Hohenfels lehrte nach der Verabschiedung von Max ungeschäm zu ihren Eltern zurück. „Mama, du machst mir einen Vorwurf, daß ich zu Max nichts von der Gesellschaft, die übermorgen bei uns stattfinden soll, gesagt habe. Ich habe ja selbst nichts davon gewußt.“

Der Minister und seine Gemahlin lächelten. Dann sagte Frau von Hohenfels: „Es war eine kleine Notlage, Kind, die sich nicht vermeiden ließ. Das alles ist so plötzlich gekommen. Und übergeben konnten wir Herrn von Brandhaus mit der Einladung nicht, da er nun einmal hier ist. Daran lag es, daß ich dich gewissermaßen überumpelt habe.“

Das Mädchen zuckte die stolzen Schultern. „Ich bezweifle sehr, daß du Max damit eine Freude gemacht hast, denn er ist in ersten Dingen hier.“

Der Minister nahm sich eine neue Zigarette. „Du sprichst so geheimnisvoll und feierlich zugleich, meine Tochter. Max von Brandhaus wollte doch nicht etwa bei mir um deine Hand anhalten?“
(Fortsetzung folgt.)



Plakate
packend
druckt rasch und preiswert
Carl Johns
Dippoldiswalde